

# WISO

Juli 2007

# Diskurs

Expertisen und Dokumentationen  
zur Wirtschafts- und Sozialpolitik



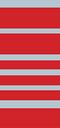
## Polen auf dem Weg zum Euro

Was kommt auf Polen und  
Deutschland zu?

Europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik



**FRIEDRICH  
EBERT  
STIFTUNG**



Dokumentation einer gemeinsamen Veranstaltung der  
Friedrich-Ebert-Stiftung und der Wirtschafts- und  
Handelsabteilung des Generalkonsulats der Republik Polen

---

## **Polen auf dem Weg zum Euro**

Was kommt auf Polen und  
Deutschland zu?

Die Veranstaltung und Veröffentlichung wurde mit  
finanzieller Unterstützung der Erich-Brost-Stiftung in  
der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt.

# Inhalt

---

<b>Vorwort</b>	3
<b>Zusammenfassung und Politikempfehlungen</b>	4
<b>1. Vertragliche Voraussetzungen für den polnischen Beitrag zur WWU</b>	7
1.1 Konvergenz als Voraussetzung für einen Beitritt zum Euro-Raum	8
1.2 Konvergenzfortschritte der neuen Mitglieder seit dem EU-Beitritt	11
<b>2. Einschätzung der „Reife“ Polens für die Währungsunion</b>	14
2.1 Nominelle Konvergenzkriterien	14
2.2 Aspekte der realen Konvergenz	18
<b>3. Vorteile und Risiken der Euro-Einführung in Polen</b>	22
3.1 Risiken der Euro-Einführung	22
3.2 Vorteile einer Euro-Einführung für Polen	24
<b>4. Optimale Politik vor bzw. begleitend zur Euro-Einführung</b>	31
4.1 Reformprogramm auf dem Weg zum Euro	31
4.2 Bedingungen für die Teilnahme am Wechselkursmechanismus	34
ModeratorInnen, Referenten, Tagungsplanung und -organisation, Verfasserin der Broschüre	36
Neuere Veröffentlichungen der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik	38

Die Dokumentation wird von der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlicht. Die Ausführungen und Schlussfolgerungen sind von der Autorin in eigener wissenschaftlicher Verantwortung vorgenommen worden.

## Vorwort

Der Euro nimmt in Polen derzeit – wie schon vor dem EU-Beitritt – einen wichtigen Platz in der öffentlichen Debatte ein. Seine Einführung – oder korrekter: der geeignete Zeitpunkt für die Einführung – ist in Polen selbst, aber auch in den alten Mitgliedsstaaten sehr umstritten.

Für die einen kann die Einführung des Euro in Polen gar nicht schnell genug kommen. Zu diesen Befürwortern zählen große Teile der privaten Wirtschaft, Banken und die liberale Öffentlichkeit in Polen. Auch aus Kreisen der deutschen Wirtschaft kommt der Ruf nach einer schnellen Aufnahme der Beitrittsländer in die Eurozone.

Man erhofft sich Vorteile und Kosteneinsparungen, die vor allem in der Erleichterung von Zahlungsvorgängen und dem Wegfall des Währungs- und Wechselkursrisikos gesehen werden. Darüber hinaus erwartet man, dass der Euro international mehr Gewicht erhält und ein noch leistungsfähigerer Finanzmarkt auf EU-Ebene entsteht.

Für die anderen gilt eine zu schnelle Euro-Einführung als geradezu gefährlich. Man glaubt, dass es den Beitrittsländern schade, wenn sie den Euro zu früh übernehmen würden und aus diesem Anlass ihre Finanzpolitik stark straffen und ihre Ausgaben kürzen müssten. Dies berge die Gefahr, dass sie nicht schnell genug wachsen und gegenüber den alten Mitgliedstaaten aufholen könnten. Die Kluft zwischen alten und neuen EU-Mitgliedsländern würde nur noch größer.

Diese Warnungen kommen aus Kreisen der Wissenschaft und der Finanzwelt. Aber auch politische Parteien in Polen, wie die regierende PiS, plädieren für einen verzögerten Beitritt zur Eurozone, weil sie den nationalen Spielraum für eine eigenständige Geld-, Wirtschafts-, Finanzpolitik nicht einschränken möchten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Polen vertraglich verpflichtet ist, den Euro einzuführen. Die Verpflichtung umfasst jedoch kein konkretes Datum.

In den alten EU-Mitgliedsländern existiert auf der anderen Seite die Furcht vor einem Stabilitätsrisiko und vor neuen Belastungen, wenn wirtschaftlich schwächere und finanzpolitisch nicht stabile Länder der Eurozone beitreten.

Auch unter der Bevölkerung in Polen herrscht erhebliche Verunsicherung. Sie befürchtet durch die Einführung des Euro einen allgemeinen Preisanstieg.

Vor dem Hintergrund dieser Debatte veranstaltete die Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung zusammen mit der Abteilung für Handel und Investitionen des polnischen Generalkonsulats in Köln am 23.11.2007 die Tagung *„Polen auf dem Weg zum Euro – Was kommt auf Polen und Deutschland zu?“* in Köln.

Im Vordergrund standen die Fragen:

- Wie steht es um die so genannte „Euroreife“ Polens, also um die Konvergenzfortschritte?
- Welche Vorteile, aber auch welche Nachteile oder Risiken verbinden sich – je nach Datum der Einführung – mit der neuen Währung sowohl in Polen als auch in Deutschland und den anderen Mitgliedsländern?
- Welche politischen Maßnahmen sind vor bzw. begleitend zur Euro-Einführung notwendig?

Die Antworten zu diesen Fragen fielen erwartungsgemäß sehr unterschiedlich aus. So wurde von polnischer Seite bei der Diskussion um die Euroreife des Landes die strikte Auslegung der Konvergenzkriterien kritisiert. Sie seien nicht mehr zeitgemäß und würden auch von den aktuellen Mitgliedern der Wirtschafts- und Währungsunion teilweise nicht erfüllt. Dies wurde von Seiten der deutschen Politik bestritten. Nicht nur auf deutscher, sondern auch auf polnischer Seite wurden die Vorteile des Euro gesehen. Die Wirtschaft und Gesellschaft brauche jedoch ausreichend Zeit, um auf diesen Schritt vorbereitet zu werden, waren sich die polnischen Vertreter aus Politik und Wissenschaft einig. Hervorgehoben sei der weitgehende Konsens unter den Teilnehmern, dass es einer Kommunikationsstrategie bedarf, um im polnischen Volk für den Euro zu werben.

Die Diskussionen und Ergebnisse der Tagung sind im vorliegenden Band zusammengefasst.

*Hannelore Hausmann*

## Zusammenfassung und Politikempfehlungen

---

Mit dem Abschluss der Beitrittsabkommen und ihrem Beitritt zur EU am 1. Mai 2004 haben die neuen Mitgliedstaaten sich auch verpflichtet, den Euro als gemeinsame Währung einzuführen. Das Datum hängt jedoch nicht zuletzt davon ab, wann die Neumitglieder die fünf Kriterien (Inflation, Haushaltsdefizit, Staatsverschuldung, Zinsniveau und Wechselkursstabilität) erfüllen. Bei allen Kandidaten ist das Inflationskriterium der kritischste Aspekt der Konvergenzbemühungen, wohingegen die Verfehlungen beim Defizitkriterium in den meisten neuen EU-Staaten als mittelfristig korrigierbar erscheinen. Der Schuldenstand bewegt sich zwar auf hohem Niveau, ist aber hinreichend rückläufig. Die erfolgte Zinskonvergenz wird als ausreichend eingestuft. Neben dieser nominalen Konvergenz bei den Maastrichtkriterien hängt die Beitrittsreife eines Landes auch von der realen Konvergenz ab, also der Annäherung seines Pro-Kopf-Einkommens an den EU-Durchschnitt und die dafür notwendigen Voraussetzungen bei der Modernisierung von Staat und Wirtschaft.

### Stand der nominalen Konvergenz in Polen

Polen erfüllt die nominalen Kriterien von Maastricht zumindest für 2005/2006. Beobachter fragen sich angesichts der Prognosen der polnischen Zentralbank für die Inflationsrate, für das Haushaltsdefizit sowie den Schuldenstand jedoch, ob die Einhaltung der Kriterien dauerhaft erreicht werden kann.

Vertreter der deutschen Wissenschaft und Politik sehen das Inflationskriterium als besonders kritisch für die Euroreife an. Die Inflationsrate hängt stark vom Wechselkurs des Zloty ab, der durch das freie Floten erheblich schwankt.

Es wird ferner befürchtet, dass gerade bei niedriger Inflation die dauerhafte reale Aufwertungs-tendenz der polnischen Währung zur systematischen nominalen Aufwertung Zloty führt. Dies könnte den Druck auf den Exportsektor erhöhen, die Importkonkurrenz verschärfen. Steigende Leistungsbilanzdefizite erhöhen das Risiko spekulativer Angriffe auf die Währung.

Umstritten sind die Einschätzung der Solidität des Staatshaushaltes und seine zukünftige Entwicklung. Aus deutscher Perspektive wird dies einerseits als weniger kritisch als das Inflationskriterium eingeschätzt, da die Defizite den Schwellenwert nicht stark überschreiten. Andererseits wird der Staatshaushalt als größter Unsicherheitsfaktor für die künftige Entwicklung Polens auf dem Weg zum Euro eingestuft, weil das schnelle Wachstum der Staatsausgaben auf strukturellen Ursachen wie gesetzlich festgelegten Ausgaben beruhe und Maßnahmen zur Reduktion des Haushaltsdefizits fehlten. Der Skepsis am polnischen Staatshaushalt wird von polnischer Seite entgegen gehalten, dass Polen als einziger EU-Mitgliedstaat eine Begrenzung der Staatsschuld auf maximal 60% des BIP in seiner Verfassung verankert habe.

Der EU-Rat, die Europäische Kommission, die deutsche Wissenschaft, europäische Finanzwelt und deutsche Politik vertreten eine harte Position hinsichtlich der Konvergenzkriterien. Die strikte Einhaltung der Maastricht-Kriterien stärke die Glaubwürdigkeit der Wirtschafts- und Währungsunion und das Vertrauen in den Euro und schütze vor Währungsspekulationen. Es dürfe kein Präzedenzfall geschaffen werden, der das ganze System zu Fall bringen könnte. Kritik von polnischer Seite, dass die Kriterien nicht mehr zeitgemäß seien, wird in Europa und Deutschland nicht geteilt. In der Finanzwelt wird vermutet,

dass eine Neuformulierung der Kriterien im Falle des Schulden- und Defizitkriteriums sogar zu einer Verschärfung führen würde.

## Stand der realen Konvergenz

Auch hinsichtlich der realen Konvergenz, vor allem im Hinblick auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der polnischen Wirtschaft, gibt es Bedenken. Auf der einen Seite schätzen Stimmen aus Politik und Wissenschaft die internationale Wettbewerbsfähigkeit der polnischen Wirtschaft kritisch ein und halten Verbesserungen in Bereichen wie Infrastruktur, Gesundheit und Schule, Ausbildung, Lehre, Studium, Effizienz der Märkte, technologischer Stand, Unternehmenskultur und Innovationen für notwendig. Auf der anderen Seite wird aus der Perspektive der deutschen Verwaltung davon ausgegangen, dass sich die reale Konvergenz im Zuge des Beitritts zur Währungsunion und während der Mitgliedschaft weiter verstetigen werde.

Wissenschaftlich umstritten ist die Bewertung der Arbeitslosigkeit in Polen. Auf der einen Seite wird sie im Vergleich zu anderen Beitrittsländern als sehr hoch eingestuft. Im Zuge weiterer Strukturanpassungen im Agrarsektor dürfte sie noch steigen. Zurückzuführen sei sie auf die notwendige Umstellung der Wirtschaftsstrukturen, auf Nachteile in der beruflichen Qualifikation und auf weitgehend dezentralisierte Lohnverhandlungsprozesse, die eine eigentliche „Lohnpolitik“ ausschließen. Wenn jetzt die sinkende Arbeitslosigkeit mit steigenden Löhnen einhergehe, bedeute dies eine Belastung für den Arbeitsmarkt und für die Geldwertstabilität. Von polnischer Seite wird auf die Differenz zwischen hoher offizieller und niedrigerer realer Arbeitslosigkeit hingewiesen. Die in einigen Branchen mittlerweile fehlenden Arbeitskräfte werden dabei als kritischer Punkt eingestuft. Polen könne angesichts der dynamischen Wirtschaftsentwicklung auf seine in andere EU-Länder abwandernden qualifizierten Arbeitskräfte nicht verzichten.

## Vorteile und Risiken der Euroeinführung

Befürworter einer schnellen Einführung sehen in der neuen Währung einen starken Anreiz für Strukturreformen und für wirtschaftliche Aufholprozesse und verweisen auf die Dynamik der derzeitigen positiven öffentlichen Stimmung. Verfechter einer langsamen Gangart, insbesondere die polnische Regierung und Wissenschaftler, halten Polens Wirtschaft und Gesellschaft hingegen für noch nicht ausreichend vorbereitet. Als konkrete Daten werden 2010 als frühester Termin von einem europäischen Parlamentarier und 2014 als spätester Termin von polnischer Seite genannt. 2011 war vom polnischen Präsidenten ins Gespräch gebracht worden.

Selbst unter der Voraussetzung eines optimalen Termins sind mit dem Euroeintritt Risiken verbunden, vor allem durch die Aufgabe der Geldpolitik und den Wegfall der letzten währungsbedingten Handelshemmnisse. Der Verlust der nationalen Geldpolitik erschwere die Bekämpfung einer Währungskrise. Die Geldpolitik der EZB könnte sich wegen zu restriktiver Ausrichtung negativ auf das polnische Wirtschaftswachstum auswirken. Nur bei ausgeglichenem Staatshaushalt gäbe es einen gewissen nationalen Handlungsspielraum für die Fiskalpolitik.

Einigkeit herrscht darüber, dass die Einführung des Euro insgesamt mehr Vor- als Nachteile für Polen bereit halte. Der Kostenvorteil einer einheitlichen Währung wird vom Internationalen Währungsfonds auf 0,5–1% des polnischen BIP geschätzt. Zu den Vorteilen zählen vor allem der Wegfall der Transaktionskosten und des Wechselkursrisikos. Sowohl Wissenschaftler und Politiker als auch Unternehmer gehen davon aus, dass diese Entwicklung positive Effekte auf die inländischen Zinssätze, auf die inländischen und ausländischen Investitionen, auf die Spezialisierung der Industriezweige, den Transfer von Technologien und die Effizienz der Unternehmen haben wird.

Der Handel zwischen Polen und den EU-Mitgliedstaaten würde aufgrund der gewonnenen Planungssicherheit mit der Euroeinführung einen

wichtigen Impuls erfahren. Es entstünde auch ein größerer, noch leistungsfähigerer Finanzmarkt auf EU-Ebene. Die Bedeutung des Euro auf internationaler Ebene würde weiter zunehmen, auch wenn das polnische BIP das BIP der Eurozone nur um ca. 3 % vergrößert. Von polnischer Seite wird angemerkt, dass die Wirtschaftsdaten der Neuankömmlinge den Durchschnitt der Euroländer verbesserten.

### Optimale Politik vor und begleitend zur Euroeinführung

Einig ist man sich darüber, dass Polen noch ein beachtliches Programm zur Erreichung der nominalen und realen Konvergenz zu bewältigen hat. Dies bezieht sich auf eine nachhaltige Verringerung des Defizits im Staatshaushalt durch eine Reform der öffentlichen Finanzen und eine Reduzierung der Sozialausgaben und durch eine strukturelle Neuausrichtung der Steuern. Das aktuell starke Wirtschaftswachstum Polens eröffnete günstige Bedingungen für diese Reformen.

Der Sicherung und Erhaltung der Preisstabilität wird aus der Finanzwelt großer Stellenwert bei der Gestaltung der nationalen Politik zur Einführung des Euro beigemessen. Aus wissenschaftlicher Perspektive ist eine inflationsneutrale Lohnpolitik zentral. Nationale Lohnabschlüsse über der Zunahme der Arbeitsproduktivität können im gemeinsamen Währungsraum zu nationaler Arbeitslosigkeit führen. Konkurrenz über Lohnverzicht, wie es Deutschland betreibt, begründet ein Auseinanderdriften der Wettbewerbsfähigkeit der EU-Länder. Um eine solche Belastung für Europa zu verhindern, sollte sich Deutschland vom exportorientierten Wachstum verabschieden und seine Binnennachfrage stimulieren und die EU ihre Lohnpolitik besser abstimmen. Zum Erhalt der polnischen Wettbewerbsfähigkeit seien Produktivitätssteigerungen notwendig, die von Strukturanpassungen, institutioneller Effizienz und Maßnahmen zur besseren

Ressourcenallokation und Kapitalnutzung, Wissensmanagement und Innovationsentwicklung und -nutzung abhängen.

Um die Bevölkerung auf den Euro vorzubereiten, sollte eine Kommunikationsstrategie entwickelt werden, die sowohl über die positiven als auch negativen Seiten informiert. Eine Informationskampagne sowie die doppelte Preisauszeichnung lange vor und lange nach der Währungsumstellung und die Einrichtung eines speziellen Preisbeobachtungszentrums sind Instrumente, die gegen die Erhöhung der Preise bei Einführung des Euro vorgeschlagen werden.

Entscheidend ist dabei die Wahl des Einstiegswechselkurses zwischen Zloty und Euro. In der Diskussion um die Bedingungen für die Teilnahme am Wechselkursmechanismus plädieren Wissenschaftler, Politiker und deutsche Unternehmen für eine Abwertung des Zloty um bis zu 25 %, um die Wettbewerbsfähigkeit und die Außenhandelsbilanz Polens zu fördern. Aus polnischer Sicht ist ein gewisser Spielraum für Schwankungen des Zloty nach unten während der Zeit im Wechselkursmechanismus wichtig.

Der Aufholprozess der polnischen Wirtschaft wird sich zu einem erheblichen Teil durch eine reale Aufwertung vollziehen, die teils als höhere Inflation als im Euroraum, teils (naturgemäß nur vor der Übernahme des Euro) als Aufwertung des Zloty gegenüber dem Euro stattfinden wird. Das Ausmaß dieser realen Aufwertung darf sich aber nicht allzu weit vom Produktivitätsfortschritt der polnischen Wirtschaft (reale Konvergenz) entfernen. Sonst drohen Stagnation und Arbeitslosigkeit. Umgekehrt sollte sie aber auch nicht allzu sehr hinter dem Produktivitätsfortschritt herhinken, da die niedrigere Kaufkraft für Polen Wohlstandsverluste impliziert. Diese Gratwanderung der Abstimmung von nominaler und realer Konvergenz fällt einerseits mit einer eigenen Währung und Geldpolitik leichter. Andererseits erlaubt die Mitgliedschaft im Euroraum ein höheres Wachstum ohne das Risiko einer Währungskrise.

## 1. Vertragliche Voraussetzungen für den polnischen Beitrag zur WWU

Die neuen Mitgliedsstaaten haben mit ihrem Beitritt zur EU am 1. Mai 2004 automatisch dem in Artikel 2 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften (EU-Vertrag) formulierten Ziel einer „...Wirtschafts- und Währungsunion, die auf eine einheitliche Währung abzielt...“ zugestimmt. Alle polnischen und deutschen Diskussionsteilnehmer aus Politik, Finanzwelt, Wirtschaft und Wissenschaft sind sich einig, dass ein Nicht-Eintritt Polens in die Eurozone nicht möglich ist. Denn Art. 122 legt fest, dass die Ausnahmen von diesen Prinzipien auf

Großbritannien und Dänemark beschränkt sind. Der Beitritt war in Polen Gegenstand eines Nationalen Referendums im Juni 2003. Darin sprach sich die Mehrheit der polnischen Bevölkerung für den EU-Beitritt entsprechend den Bedingungen der Beitrittsdokumente aus, womit sie ebenfalls die Verpflichtung zum Euro-Beitritt akzeptierte. Jedoch fordern weder der EU-Vertrag noch die Beitrittsdokumente einen festen Beitrittstermin, erklärt *Dariusz Rosati, Mitglied des Europäischen Parlaments, Ausschuss für Wirtschaft und Währung, Straßburg/Brüssel.*

Abbildung 1:

### Wirtschafts- und Währungsunion

Die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) startete 1990 mit elf Mitgliedern. Am 01.01.2001 gesellte sich Griechenland hinzu. Eine Sonderregelung erlaubt Großbritannien und Dänemark eine dauerhafte Nicht-Mitgliedschaft. Die zehn neuen Mitglieder der Europäischen Union haben sich ausnahmslos verpflichtet, der WWU beizutreten. Die WWU wurde in drei Stufen verwirklicht:

#### Erste Stufe – 1. Juli 1990:

- Aufhebung aller Beschränkungen des Kapitalverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten
- Verstärkte Zusammenarbeit der Zentralbanken
- Freie Verwendung des ECU, d. h. des Vorläufers des Euro
- Verbesserung der wirtschaftlichen Konvergenz

#### Zweite Stufe – 1. Januar 1994:

- Errichtung des Europäischen Währungsinstituts (EWI)
- Verstärkte Koordinierung der Geldpolitik
- Stärkung der wirtschaftlichen Konvergenz
- Vorarbeiten für die Errichtung eines Europäischen Systems der Zentralbanken

#### Dritte Stufe begann – 1. Januar 1999:

- Unwiderrufliche Festlegung der Umrechnungskurse
- Einführung des Euro
- Durchführung einer einheitlichen Geldpolitik durch das Europäische System der Zentralbanken
- Wechselkursmechanismus (WKM II) innerhalb der EU tritt in Kraft
- Stabilitäts- und Wachstumspakt tritt in Kraft

Quelle: <http://europa.eu>, <http://www.ecb.int>

Abbildung 2:

### Konvergenzkriterien

Um eine dauerhafte Konvergenz innerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) zu gewährleisten, sieht der Vertrag fünf Kriterien vor, die jeder Mitgliedstaat erfüllen muss, der an der dritten Stufe der WWU teilnehmen und den Euro einführen will:

- Das öffentliche Defizit darf 3 % des Bruttoinlandsprodukts nicht überschreiten.
- Der öffentliche Schuldenstand darf nicht mehr als 60 % des Bruttoinlandsprodukts betragen, oder sich zumindest diesem Wert annähern.
- Der Grad an Preisstabilität muss anhaltend hoch sein, und die während des letzten Jahres vor der Prüfung gemessene durchschnittliche Inflationsrate darf um nicht mehr als 1,5 % über der Inflationsrate der drei Mitgliedstaaten liegen, die auf dem Gebiet der Preisstabilität das beste Ergebnis erzielt haben.
- Der durchschnittliche langfristige Nominalzinssatz darf um nicht mehr als 2 % über dem entsprechenden Satz in den drei Mitgliedstaaten liegen, die bei der Preisstabilität das beste Ergebnis erzielt haben.
- Die im Rahmen des Wechselkursmechanismus vorgesehenen normalen Bandbreiten müssen zumindest in den letzten zwei Jahren vor der Prüfung ohne starke Spannungen eingehalten worden sein.

Zur Vervollständigung und Konkretisierung der WWU-Vertragsbestimmungen verabschiedete der Europäische Rat im Juni 1997 den Stabilitäts- und Wachstumspakt. Er soll sicherstellen, dass die Mitgliedstaaten auch nach Einführung der einheitlichen Währung ihre Bemühungen um Haushaltsdisziplin fortsetzen. Diesem Zweck dienen die haushaltspolitische Überwachung und die Koordinierung der Wirtschaftspolitiken sowie die Durchführung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit mit Sanktionsmöglichkeiten, wenn ein teilnehmender Mitgliedstaat nicht die zur Behebung eines übermäßigen Defizits erforderlichen Schritte unternimmt.

Quelle: <http://europa.eu>, <http://www.ecb.int>

## 1.1 Konvergenz als Voraussetzung für einen Beitritt zum Euro-Raum

Länder, die den Euro als Währung einführen möchten, müssen nicht mehr die ersten beiden Stufen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion durchlaufen (s. Abb. 1), sondern lediglich die in Art. 121 EU-Vertrag festgelegten Bedingungen zur Mitgliedschaft erfüllen. Hierzu gehört zum einen, zwei Jahre am Wechselkursmechanismus des EWS II ohne große Wechselkursspannungen teilzunehmen.

Zum anderen zählt dazu die Einhaltung der Konvergenzkriterien (s. Abb. 2). Diese legen die Höchstgrenzen für die Inflationsrate, für langfristige Zinssätze, für das Defizit öffentlicher Haushalte und für den öffentlichen Schuldenstand fest.

Wie weit die zehn neuen Mitgliedstaaten auf dem Weg zum Euro fortgeschritten sind, wird von der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank geprüft. Die Ergebnisse dieser Prüfung werden in so genannten Konvergenzberichten festgehalten. Der Rat der Europäischen Union entscheidet auf dieser Grundlage, ob die rechtlichen Anforderungen erfüllt sind, Bestandteil des Eurosystems werden zu können.

Der Verpflichtung der neuen Mitgliedstaaten zur Einführung des Euro steht als Gegenleistung gegenüber, dass sie den Euro auch tatsächlich einführen dürfen, wenn sie die Kriterien erfüllen. Die EU dürfe dies nicht verwehren oder weitere Barrieren aufbauen, erklärt *Manfred Koch, Europäische Zentralbank, Frankfurt*. Den bestehenden Mitgliedern der Eurozone mangle es jedoch an Be-

geisterung, die neuen Länder aufzunehmen. Dies sei an der strengen Beurteilung des Vorbereitungsstandes von Slowenien und Litauen zu erkennen, so *Dariusz Rosati*.

## 1.2 Konvergenzfortschritte der neuen Mitglieder seit dem EU-Beitritt

Manche neuen Mitgliedstaaten verzeichneten über alle Kriterien hinweg größere nominale Konvergenzschritte als andere. Hier gebe es eine Zweiteilung mit Ländern, die sehr bestrebt sind, der EWWU beizutreten (Zypern, Malta, Estland und die Slowakei) und Ländern, die zögerten. Es gebe einen Beitritt in unterschiedlichen Geschwindigkeiten, konstatiert *Wolfgang Merz, Bundesministerium der Finanzen, Leiter Referat Europäische Finanz- und Wirtschaftspolitik*. Eine Übersicht nach einzelnen Konvergenzkriterien zeige jedoch, dass die Erreichung bestimmter Kriterien größere Anstrengungen abverlange als andere, analysieren

*Wolfgang Merz und Manfred Koch* von der Europäischen Zentralbank (s. Abb. 3).

### 1.2.1 Nominale Konvergenzfortschritte

Die neuen Mitgliedstaaten gerieten seit dem EU-Beitritt zumeist unter relativ hohen Preisdruck, ausgelöst durch allgemeine Preisanpassungen, durch die Anpassung des Steuer- und Abgabensystems und durch steigende Energiepreise. Eine dynamische Wirtschaftsentwicklung hat der Konvergenz zusätzliche Auftriebskraft gegeben. Nationale Maßnahmen wie eine angemessene Fiskal- und Geldpolitik und Strukturreformen charakterisieren weiterhin den Weg (s. Abb. 4).

Bei EU-Beitritt waren sechs neue Mitgliedstaaten in einem Verfahren wegen ihres übermäßigen Defizits. Seither gab es Konsolidierungsfortschritte in mehreren neuen Mitgliedstaaten. Diese Anstrengungen waren zum Teil strukturell und damit nachhaltig, zum Teil aber auch konjunkturell begünstigt. Der Konsolidierungsbedarf ist

Abbildung 3:

#### Erfüllung der Konvergenzkriterien in den neuen Mitgliedstaaten

Land	Preise in %	KOM Herbstprognose 2006		
		Haushalt: Defizit/ Überschuss in % BIP	Schulden- stand in % BIP	Zinsen in %
Slowenien	2,5	-1,6	28,4	3,9
Zypern	2,4	-1,9	64,8	4,2
Malta	3,0	-2,9	69,6	4,3
Estland	4,4	2,5	4,0	4,2
Slowakei	4,5	-3,4	33,0	4,5
Lettland	6,7	-1,0	11,1	4,0
Litauen	3,8	-1,0	18,9	4,1
Ungarn	3,9	-10,1	67,6	7,3
Tschechien	2,5	-3,5	30,9	3,8
Polen	1,4	-4,2	42,4	5,3
<b>Eurozone</b>	2,2	-2,0	69,4	3,8
Maastricht-Referenzwert	2,9	-3,0	60,0	6,3

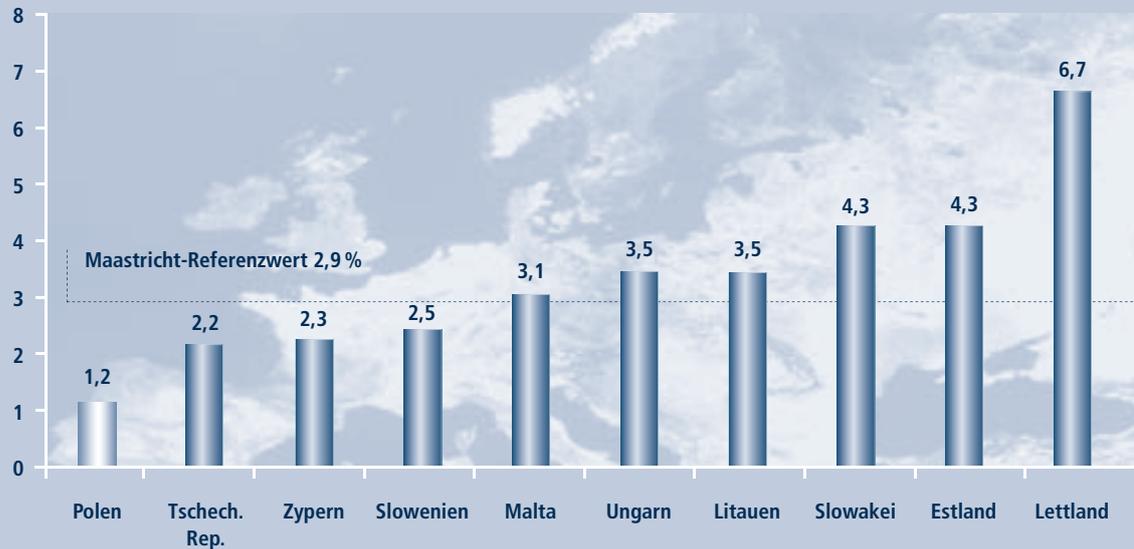
Polen: Defizitquote inklusive Belastungen aus Rentenreform

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Abbildung 4:

**Entwicklung der HVPI<sup>1</sup>-Preissteigerungsrate seit dem Beitritt zur EU**

**HVPI-Preissteigerungsrate** (in %, durchschnittliche Veränderungsrate, November 2005 – Oktober 2006)

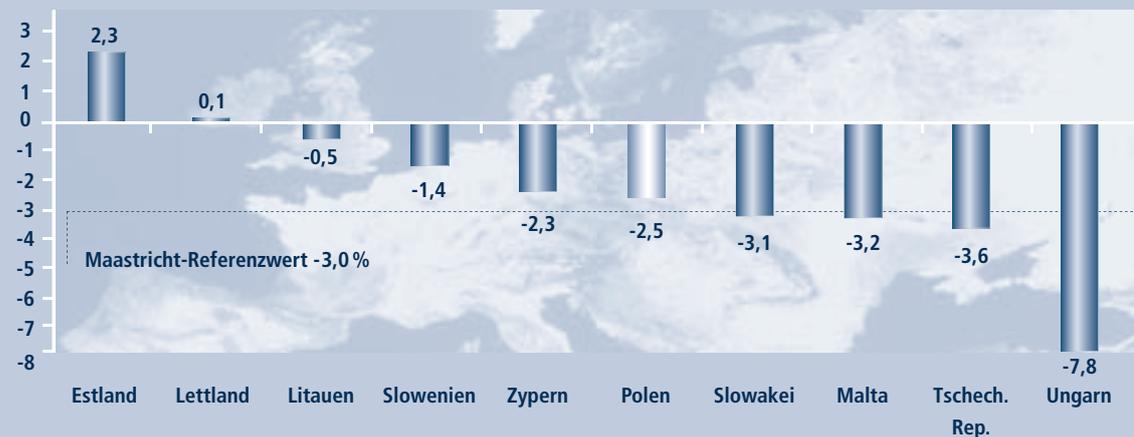


Quelle: Eurostat

Abbildung 5:

**Budgetsaldo 2005**

**Budgetüberschuss (+) oder -defizit (-) 2005** (% des BIP, Europäische Kommission Herbst 2006 Prognose)



Quelle: Europäische Kommission

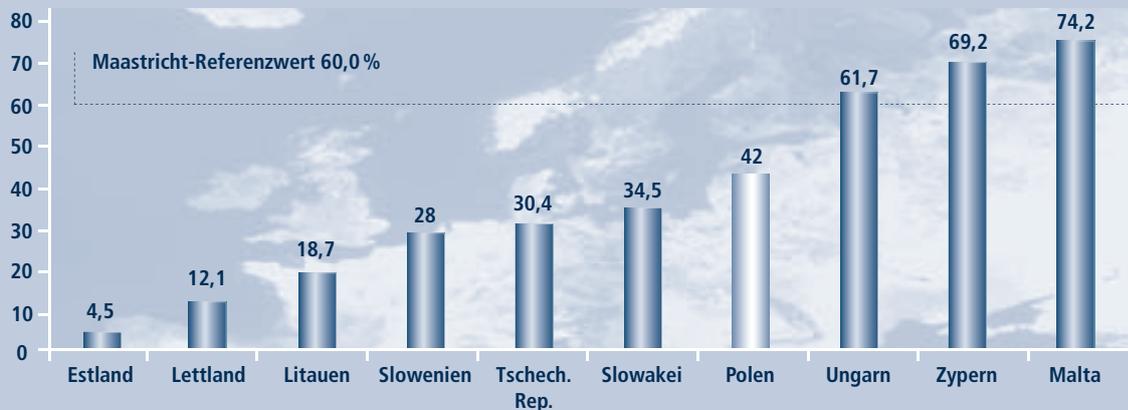
jedoch nach wie vor hoch in mehreren neuen Mitgliedstaaten (s. Abb. 5). Als ein Extrem auf der Skala der neuen Mitgliedstaaten haben die baltischen Staaten Überschüsse oder tendenziell aus-

gegliche Haushalte. Als anderes Extrem sticht Ungarn mit einem voraussichtlichen Defizit von 10% im Jahr 2006 heraus. Ungarn hat jedoch ein energisches Anpassungsprogramm vorgelegt.

1 Der harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist ein Maß für die Preisentwicklung der von privaten Haushalten nachgefragten Güter und Dienste. Er dient dem Eurosystem in erster Linie als offizieller Maßstab für die Geldwertentwicklung im Euro-Raum zum Zwecke der Geldpolitik in der Eurozone und um die Inflationskonvergenz der Mitgliedstaaten zu beurteilen (vgl. <http://epp.eurostat.ec.europa.eu>).

Abbildung 6:

**Schuldenstand 2005** (% des BIP, Europäische Kommission Herbst 2006 Prognose)



Quelle: Europäische Kommission

Auch im Hinblick auf den Schuldenstand gestaltet sich die Situation in den baltischen Staaten sehr günstig. Auf der anderen Seite stehen Malta, Zypern und Ungarn mit hohen Schuldenständen (s. Abb. 6).

Die ersten neuen Mitgliedstaaten traten dem WKM II<sup>2</sup> bereits im Juni 2004 bei. Inzwischen sind sieben im WKM II Mitglied und drei noch nicht beigetreten (s. Abb. 7). Die währungspolitische Integrationsfähigkeit der neuen Mitgliedstaaten hängt stark von ihrem Wechselkursregime ab. Länder mit currency board haben naturgemäß weniger Schwierigkeiten als solche mit flexiblem Wechselkurs wie Polen. Zumeist verharrt der individuelle Wechselkurs nahe am Leitkurs.

Die langfristigen Zinsen bewegen sich zumeist in einem engen Band in der Nähe der langfristigen Euro-Zinsen. Die Zinsdifferenzen scheinen sich vorwiegend in Abhängigkeit vom Stand der öffentlichen Finanzen und des Fortschritts mit strukturellen Reformen zu entwickeln (s. Abb. 8).

### 1.2.2 Stand der realen Konvergenz

Der Stand der realen Konvergenz, gemessen am BIP pro Kopf variiert zwischen den neuen Mit-

Abbildung 7:

**Teilnahme am WKM II**

	Teilnahme am WKM II seit
Estland	28. Juni 2004
Lettland	2. Mai 2005
Litauen	28. Juni 2004
Malta	2. Mai 2005
Polen	—
Slowakei	25. November 2005
Slowenien	28. Juni 2004
Tschechische Republik	—
Ungarn	—
Zypern	2. Mai 2005

Quelle: Europäische Zentralbank

gliedstaaten und zeigt noch einen großen Aufholbedarf (s. Abb. 9). Auch die Leistungsbilanzdefizite deuten in diese Richtung (s. Abb. 10). Leistungsbilanzdefizite seien jedoch nicht immer ein Problem, merkt *Wolfgang Merz* an. Entscheidend sei, wie sie finanziert sind. Es gebe keine Korrelation zwischen Leistungsbilanzdefizit und

<sup>2</sup> Ziel des WKM II ist die Wahrung der Stabilität der Wechselkurse zwischen dem Euro und der am WKM II teilnehmenden nationalen Währungen, um zu große Schwankungen bei den Wechselkursen auf dem Binnenmarkt zu unterbinden (vgl. <http://europa.eu>).

Abbildung 8:

**Entwicklung der langfristigen Zinssätze**

**Langfristiger Zinssatz** (in %, Jahresdurchschnitt, November 2005 – Oktober 2006)

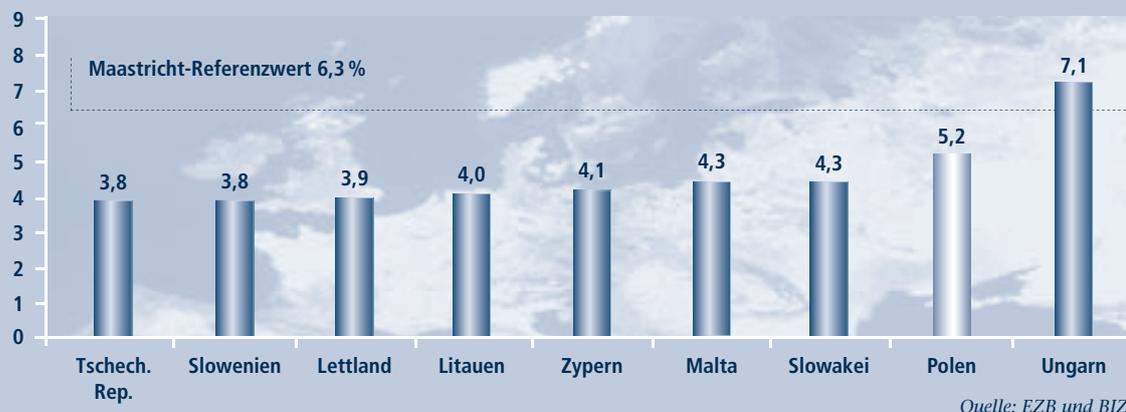


Abbildung 9:

**Bruttoinlandsprodukt in den neuen Mitgliedstaaten** (BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards 2006 in % des EU15-Durchschnitts)

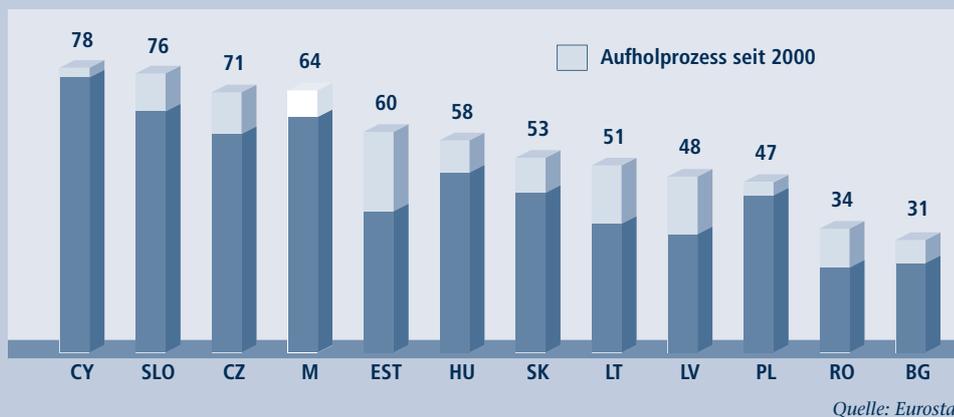


Abbildung 10:

**Leistungsbilanzdefizite in den neuen Mitgliedstaaten** (2006 in % des BIP)

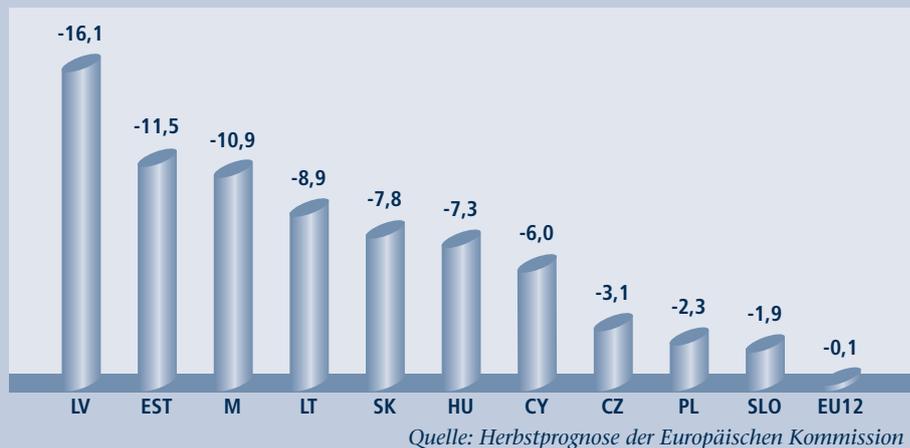


Abbildung 11:

**Nationaler Eurozeitplan**

Land	geplante Einführungstermine	Teilnahme am WKM II
Slowenien	01.01.2007	seit 27. Juni 2004
Zypern	01.01.2008	seit 2. Mai 2005
Malta	01.01.2008	seit 2. Mai 2005
Estland	(01.01.2008)	seit 27. Juni 2004
Slowakei	01.01.2009	seit 28. November 2005
Lettland	derzeit Überprüfung (01.01.2008)	seit 2. Mai 2005
Litauen	Zieldatum 2007 wurde verschoben	seit 27. Juni 2004
Tschechien	Zieldatum 2010 wurde verschoben	
Ungarn	Zieldatum 2010 wurde verschoben	
Polen	kein offizielles Datum	

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

dem Stand der realen Konvergenz. Auch innerhalb der Währungsunion gebe es Länder wie z. B. Spanien, die über einen längeren Zeitraum mit einem hohen Leistungsbilanzdefizit agierten.

### 1.2.3 Zusammenfassung der Konvergenzfortschritte

Bei allen Kandidaten sei das Inflationskriterium der kritischste Aspekt der Konvergenzbemühungen, wohingegen die Verfehlungen beim Defizitkriterium bei den meisten neuen EU-Staaten als mittelfristig korrigierbar erschienen. Polen hingegen erfüllt das Inflationskriterium eindeutig. Der Schuldenstand bewege sich bei den Kandidaten zwar auf hohem Niveau, sei aber hinreichend rückläufig. Die Zinsentwicklung verdeutliche, dass die Märkte bei vielen neuen Mitgliedstaaten von einem nachhaltigen Konvergenzprozess überzeugt sind, so *Wolfgang Merz vom Bundesministerium für Finanzen*.

Gründe für unterschiedliche Entwicklungen und Geschwindigkeiten auf dem Weg zur Erfüllung der Aufnahmekriterien sind die Ausgangspunkte und Herkunft der Volkswirtschaften, die reale Konvergenz und die wirtschaftlichen Struk-

turen in den einzelnen Staaten und damit der Startpunkt der nationalen Konvergenzprozesse. Das Ausmaß des Fortschritts hänge aber im Wesentlichen vom Reformwillen und der daraus resultierenden nationalen Politik ab, stellt *Manfred Koch* heraus.

### 1.2.4 Perspektiven der Konvergenz

Bereits Mitte des Jahres 2004 sind Estland, Litauen und Slowenien dem Wechselkursmechanismus des EWS II beigetreten (s. Abb. 11). Alle drei Länder sind um einen schnellen Beitritt zur Euro-Zone bemüht. Slowenien und Litauen stellten im Jahr 2006 einen Antrag auf Konvergenzprüfung mit dem Ziel der Aufnahme in den Euro-Raum am 1.1.2007. Estland, das ursprünglich ebenfalls 2007 den Euro einführen wollte, hat wegen des Anstiegs der Inflationsrate auf 4% von einem Antrag Abstand genommen. Malta, Lettland und Zypern möchten den Euro 2008 einführen. Die Slowakei sieht den Beitritt zur Euro-Zone für 2009 vor. Polen und Ungarn scheinen sich in die letzte Reihe bei der Einführung des Euro einzuordnen.

## 2. Einschätzung der „Reife“ Polens für die Währungsunion

Polen hat in den zurückliegenden Jahren gemischte Konvergenzfortschritte erzielt. Die nominalen Kriterien von Maastricht werden zumindest für 2005/2006 als erfüllt angesehen. Bezweifelt wird, ob diese positive Entwicklung nachhaltiger Natur ist. Die Prognosen der polnischen Zentralbank für die Inflationsraten des Haushaltsdefizits sowie des Schuldenstandes weisen darauf hin, dass sich Polen von der Erfüllung der Maastrichtkriterien entfernen könnte, so *Axel Schäfer, MdB, Ausschuss für Angelegenheiten der EU, Europapolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Berlin/Bonn*. Auch hinsichtlich der realen Konvergenz, insbesondere im Hinblick auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und die Arbeitsmarktentwicklung, gibt es von Seiten der Wissenschaft Bedenken.

### 2.1 Nominelle Konvergenzkriterien

Zu den nominellen Konvergenzkriterien gehören die Preisniveaustabilität, der Schuldenstand, die Entwicklung der langfristigen Zinsen sowie die erfolgreiche Teilnahme am Wechselkursmechanismus. Zum einen wird die Entwicklung der Kriterien diskutiert. Zum anderen wird darüber debattiert, wie strikt und mit welchen Konsequenzen die jeweiligen Höchstgrenzen angewendet werden sollten.

#### 2.1.1 Preisniveaustabilität

Polen erfüllt das Kriterium der Preisniveaustabilität seit über drei Jahren – nur mit einer kurzen Unterbrechung im zweiten und dritten Quartal 2004, konstatiert *Dariusz Rosati, Wolfgang Merz,*

*Bundesministerium der Finanzen, und Wolfgang Filc, Lehrstuhl für Geld, Kredit und Währung der Universität Trier*, stufen dieses Kriterium nichtsdestotrotz als kritischen Aspekt der Euroreife ein. Mit der Einführung der direkten Inflationssteuerung<sup>3</sup> sei es zwar gelungen, die Inflationsrate von 10 % auf gegenwärtig 1,6 % zurückzuführen. Auch seien die Preise weitgehend stabil, wenngleich im zweiten Quartal die Inflationsrate von 0,8 % im Quartal zuvor auf 1,6 % gestiegen ist. Polen überlasse den Zloty jedoch den Entscheidungen der Akteure an den Devisenmärkten. Die Folge seien erhebliche Wechselkursschwankungen, so eine scharfe Abwertung des Zloty zwischen Anfang 2001 und Ende 2003, gefolgt von einer erheblichen Währungsaufwertung in den darauf folgenden Jahren. Es sei zudem ein Preisanstieg zu erwarten, weil die bei der Umstellung auf den Euro entstehenden Kosten, z. B. des Bankensektors, aller Voraussicht nach an die Kunden weitergegeben würden. Diese Kosten sollten über einen längeren Zeitraum verteilt werden, was gegen eine frühzeitige Einführung des Euro spreche, meint *Krzysztof Opolski von der Universität Warschau*.

#### 2.1.2 Fiskalpolitische Entwicklung – Haushaltsdefizit

Umstritten sind die Einschätzung der Solidität des Staatshaushaltes und die Prognosen für seine zukünftige Entwicklung. Da das Gesamtbudgetdefizit schätzungsweise 4,1 % des BIP für 2006 betragen werde, sei dieses Kriterium nicht erreicht, erklärt *Dariusz Rosati*. Da die Defizitüberschreitung nicht hoch ist, bedeute ihre Beseitigung jedoch keine übermäßigen Entbehrungen und sollte kein unüberwindbares Problem darstellen.

3 Die direkte Inflationssteuerung bedeutet den Einsatz des geldpolitischen Instrumentariums orientiert an einem von der Zentralbank festgelegten Inflationszielwert oder -zielkorridor, der noch mit dem Ziel der Geldwertstabilität vereinbar ist.

Wenn man von dem im Stabilitäts- und Wachstumspakt angenommenen minimalen Tempo des Defizitabbaus ausgehe, könne Polen bereits im Jahre 2008 ein Defizit unterhalb von 3 % erreichen. Auch *Wolfgang Merz* schätzt dieses Kriterium als nicht allzu kritisch ein. Es sei leichter zu erfüllen als das Inflationskriterium. Die Tendenz zur weiteren Zunahme des Defizits hingegen gibt, *Wolfgang Filc* zufolge, Anlass zur Sorge, obwohl für 2006 von einer Einhaltung des Kriteriums auszugehen sei. Pessimisten schätzen, dass im folgenden Jahr diese Grenze überschritten und ein Wert von 4 % erreicht werden könnte. In der Liste des Bankenmagazins „Institutional Investor“ zur Bonität von Staatsschuldtiteln vom September 2006 nimmt Polen Rang 40 ein, erläutert *Wolfgang Filc*. Nur Ungarn werde von den 25 EU-Ländern schlechter bewertet. Daraus sei auf eine gehörige Skepsis hinsichtlich der künftigen Entwicklung des polnischen Staatshaushaltes zu schließen.

### 2.1.3 Staatsschulden

Das schnelle Wachsen der Gesamtschulden in Relation zum BIP sei als größter Unsicherheitsfaktor für die künftige Entwicklung Polens auf dem Weg zum Euro einzustufen, ist *Axel Schäfer*, MdB, überzeugt. Die öffentlichen Schulden werden im Jahr 2006 bei geschätzten 45,5 % und im Jahr 2007 bei 46,7 % liegen. Die Strategie für 2007–2009 für das Management öffentlicher Schulden geht davon aus, dass Polen den Schuldenstand in Relation zum BIP im Bereich 50–51 % stabilisieren könnte. Diese Prognose setzt jedoch voraus, dass sich das kräftige Wirtschaftswachstum in den nächsten Jahren fortsetzt. Andernfalls würde die Relation die 55 %-Marke überschreiten und die Fiskalseite unter enormen Druck setzen, befürchtet *Axel Schäfer*. Schnell wachsende Ausgaben und fehlende Maßnahmen zu ihrer Reduktion seien die Ursache für die hohe Dynamik der Defizitentwicklung. Dies sei zum Teil strukturell bedingt, aufgrund gesetzlich festgelegter Ausgaben z. B. zur Schuldentilgung und für Sozialleistungen. Der Anteil dieser Ausgaben an den Gesamtausgaben sei zwischen 1998 und 2003 von 46 % auf 70 % gestiegen.

Die öffentlichen Finanzen bedürfen einer nachhaltigen Reform, ist der Wissenschaftler *Krzysztof Opolski* überzeugt. Dafür brauche Polen einen ausreichenden Zeitraum vor der Euro-Einführung. Ein übermäßiges Defizit, die nicht fallende öffentliche Verschuldung, hohe steuerliche Belastungen und die Steuerstruktur sieht er als Ansatzpunkte hierfür. Insbesondere die Steuerstruktur hemme die Wirtschaft und verhindere ein durchaus realisierbares, noch schnelleres Wirtschaftswachstum. Aktuell gebe es jedoch einen gesellschaftlichen Druck, die öffentlichen Ausgaben zu erhöhen. Es gelte zwar, diese sozialen Ansprüche zu bremsen. Sie dürften jedoch nicht ganz außer Acht gelassen werden. Wirtschaftliche und finanzpolitische Veränderungsprozesse ohne gesellschaftliche Unterstützung könnten zu gefährlichen sozialen Spannungen führen. Auch *Marek Zuber*, *Wirtschaftsberater des Ministerpräsidenten der Republik Polen, Warschau*, spricht sich für Änderungen der Haushaltsstruktur aus. Er plädiert für eine Senkung der Sozialausgaben von 18 % auf 14 %.

Der Skepsis gegenüber dem polnischen Staatshaushalt stehe entgegen, dass Polen als einziger EU-Mitgliedstaat in seiner Verfassung eine Begrenzung des Staatsdefizits auf maximal 60 % des BIP verankert habe, merkt *Marek Zuber* an. Zudem variere die Höhe des Staatsdefizits je nachdem ob die Kosten für die Umstellung des Pensionssystems bzw. Staatssubventionen eingerechnet würden, so ein Diskutant.

### 2.1.4 Entwicklung der langfristigen Zinsen

Polen erfüllt das Zinskriterium, wonach das Niveau der langfristigen Zinsen nicht höher sein darf als 2 % des Durchschnitts der Sätze in den drei EU-Mitgliedsländern mit der höchsten Preisstabilität, erklärt *Dariusz Rosati*. Polen müsste jedoch seine im Vergleich zum Durchschnitt im Euroraum hohen Zinsen den in anderen Euroländern niedrigeren Sätzen annähern. Das könnte wegen des bereits bestehenden Inflationsdrucks auf die polnische Währung gefährlich werden, warnt *Krzysztof Opolski*.

### 2.1.5 Teilnahme am Wechselkursmechanismus

Gegenwärtig sprächen einige Argumente gegen eine Anbindung des Zloty an den Euro, gibt *Wolfgang Filc* zu bedenken. Die Preisstabilität sei durch steigende Inflationsraten, steigende öffentliche Defizite und steigende Löhne gefährdet. Dies könne dazu beitragen, dass die Glaubwürdigkeit einer Wechselkursanbindung des Zloty an den Euro im EWS II als nicht gegeben erachtet werde und Attacken auf den Zloty seine scharfe Abwertung auslösen könnte. Die Krise des Wechselkursmechanismus von 1992 zeige, dass eine derartige Befürchtung nicht blasse Theorie ist. Deshalb setze der Beitritt des Zloty in den Wechselkursmechanismus voraus, dass zunächst die notwendigen Bedingungen für die Glaubwürdigkeit des Wechselkursarrangements, wie fiskalische Disziplin und inflationsneutrale Lohnsteigerungen, geschaffen werden müssen.

### 2.1.6 Strenge oder lockere Auslegung der Kriterien?

Wie die Euroreife Polens und der anderen Kandidaten für die WKM II eingestuft wird, hängt auch vom Auslegungsmodus der Konvergenzkriterien ab. Hier stehen sich zwei Positionen diametral gegenüber. Der EU-Rat und die Europäische Kommission vertreten eine harte Position hinsichtlich der Konvergenzkriterien. So hat der EU-Rat entschieden, dass Slowenien am 1. Januar 2007 zum Euro übergehen kann. Litauen hingegen nicht, weil die Inflationsrate um 0,06 % über der zulässigen Höchstgrenze lag. Von Seiten der deutschen Wissenschaft, europäischen Finanzwelt und deutschen Politik wird diese Position unterstützt. Die strikte Einhaltung der Maastricht-Kriterien habe eine schützende Funktion sowohl für die Länder, die in den Euro-Raum wollen, als auch für die kohärente Funktionsfähigkeit des Euro-Gebietes selbst, meint *Axel Schäfer*. Mit der Erweiterung des Euro dürfe die Glaubwürdigkeit der Wirtschafts- und Währungsunion und das Vertrauen in den Euro nicht gestört werden. Die Bandbreite von (+/- 15 %) sei weit genug. Schließlich dürfe die WKM II kein Einfallstor für Währungsspekulationen sein.

Es dürfe kein Präzedenzfall geschaffen werden, der das ganze System zu Fall bringen könnte, meinen *Wolfgang Merz* und *Manfred Koch*. Man könne wissenschaftlich über die festgelegten Kriterien im Detail zwar streiten, wobei die Gegenargumente in Einzelfällen durchaus triftig seien. Ein Öffnen der Debatte in einem Detail berge jedoch die große Gefahr, das ganze Paket wieder aufzuschnüren und das Kriteriengefüge ins Wanken zu bringen. Darüber hinaus sei der Test der vollständigen Euro-Fitness im Eigeninteresse der Kandidaten, weil sie in der Lage sein müssen, die auf sie zukommenden Anpassungen nach dem Beitritt zur WWU leisten zu können. Schließlich sei die strikte Auslegung der Kriterien notwendig, weil die Verträge eine Gleichbehandlung aller WWU-Mitglieder verlangen, sowohl innerhalb der Gruppe der neuen Mitgliedstaaten als auch mit der Gruppe der alten Mitgliedstaaten, so *Wolfgang Merz*.

Von polnischer Seite wird die strenge Auslegung der Kriterien hingegen kritisiert. Sie sei nicht mehr zeitgemäß, urteilt *Dariusz Rosati* und stellt in Frage, ob die Mitglieder der WWU selbst eine derart strikte Prüfung zum heutigen Zeitpunkt bestehen würden. Der Kriterienkatalog, den die Europäische Zentralbank und die Europäische Kommission anwenden, ist der gleiche wie in früheren Konvergenzberichten, erläutert *Manfred Koch*. Allerdings gab es in verschiedenen Phasen unterschiedliche Schwerpunkte. In der ersten Phase der WWU habe die Frage der öffentlichen Finanzen eine größere Rolle gespielt als die aktuell in den Vordergrund der Diskussion gerückte Preissteigerungsrate. Zudem müsse man berücksichtigen, dass das Kriterium des maximalen Schuldenstandes von 60 % und das Kriterium eines maximalen Haushaltsdefizites von 3 % in einem Verhältnis zueinander ständen. Die Annahme über das Produktionswachstum der einzelnen Volkswirtschaften hat im Wesentlichen bestimmt, wie dieses Verhältnis definiert wird. Würde man heute die Kriterien festlegen, würde man zu niedrigeren Werten für beide Kriterien kommen. Denn das prognostizierte Produktionspotential, das man damals zugrunde gelegt hat, war zu hoch. Die Volkswirtschaften haben es

nicht erreicht. Eine Neuformulierung der Kriterien würde im Falle des Schulden- und Defizitkriteriums also zu einer Verschärfung führen, meint *Manfred Koch*.

Eine Lockerung der Kriterien für die Aufnahme in die Eurozone zu fordern, weil die Länder der Eurozone die Kriterien selbst nicht erfüllten, hält *Wolfgang Merz* nicht für gerechtfertigt. Die heutigen WWU-Mitglieder würden eine Prüfung anhand der Maastricht-Kriterien im Wesentlichen bestehen (s. Abb. 12). In den vorhandenen Ausnahmefällen werde Druck über die bestehenden Überwachungsmechanismen der EU ausgeübt, um die Situation zu korrigieren. Ausnahmen

gebe es im Hinblick auf den rückläufigen Schuldenstand in Italien und Portugal und im Hinblick auf das Inflationkriterium in Griechenland, Luxemburg und Spanien. Gegen die Defizitverstöße geht die EU vor. Im ersten Schritt richtet der Europäische Rat eine Empfehlung an die betreffenden Mitgliedstaaten. Im zweiten Schritt wird ein Defizitverfahren eröffnet, in dessen Rahmen Sanktionen verhängt werden können. Diesem Prozedere unterziehen sich zurzeit Italien und Portugal. Italien strebt an, das Kriterium Ende 2007 wieder einzuhalten. Portugal hat für dieses Ziel einen Zeitraum bis 2008 eingeplant.

Abbildung 12:

**Konvergenzkriterien in der Eurozone**

Land	Überprüfung der Euroreife 1997				KOM Herbstprognose 2006			
	Preise	Haushalt: Defizit/ Überschuss in % BIP	Schulden- stand in % BIP	Zinsen	Preise	Haushalt: Defizit/ Überschuss in % BIP	Schulden- stand in % BIP	Zinsen
Belgien	1,4	-2,1	122,2	5,7	2,4	-0,2	89,4	3,8
Dänemark	1,9	0,7	65,1	6,2	2,0	4,0	28,5	3,8
Deutschland	1,4	-2,7	61,3	5,6	1,8	-2,3	67,8	3,8
Finnland	1,3	-0,9	55,8	5,9	1,3	2,9	38,8	3,8
Frankreich	1,2	-3	58,0	5,5	2,0	-2,7	64,7	3,8
Griechenland	5,2	-4,0	108,7	9,8	3,3	-2,6	104,8	4,1
Großbritannien	1,8	-1,9	53,4	7,0	2,4	-2,9	43,2	4,4
Irland	1,2	0,9	66,3	6,2	2,9	1,2	25,8	3,7
Italien	1,8	-2,7	121,6	6,7	2,3	-4,7	107,2	4,1
Luxemburg	1,4	-1,7	6,7	5,6	3,2	-1,5	7,4	3,9
Niederlande	1,8	-1,4	72,1	5,5	1,6	0,0	50,5	3,8
Österreich	1,1	-2,5	66,1	5,6	1,8	-1,3	62,1	3,8
Portugal	1,8	-2,5	62,0	6,2	2,9	-4,6	67,4	3,9
Schweden	1,9	-0,8	76,6	6,5	1,5	2,8	46,7	3,7
Spanien	1,8	-2,6	68,8	6,3	3,6	1,5	39,7	3,8
Eurozone	1,6	—	—	6,0	2,2	-2,0	69,4	3,8
<b>Maastricht-Referenzwert</b>	<b>2,7</b>	<b>-3,0</b>	<b>60,0</b>	<b>7,8</b>	<b>2,9</b>	<b>-3,0</b>	<b>60,0</b>	<b>6,3</b>
Zielwert der Eurozone	2,0 %	≥ 0,0 %	≤ 60,0 %	—	2,0 %	≥ 0,0 %	≤ 60,0 %	—

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Auch gegen die Inflations- und Wachstumsdivergenzen werde vorgegangen. In der Eurogruppe werde darüber eine Debatte geführt, erklärt *Wolfgang Merz*. Ein Instrument der EU zur Korrektur der Abweichung sei die „Aktualisierung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik“, die in den Zeitraum der deutschen Ratspräsidentschaft falle. Darin werden länderspezifische Empfehlungen gegeben. Hier könne man von Seiten der Europäischen Union den Druck auf einzelne Länder erhöhen, indem man z. B. im Falle Spaniens eine Empfehlung formuliere, die Lohnpolitik produktivitätsorientiert zu gestalten.

## 2.2 Aspekte der realen Konvergenz

Umstritten ist, inwiefern die Beurteilung der Reife Polens für die Euro-Einführung nach den von der Europäischen Kommission und dem Europäischen Rat herangezogenen Maastricht-Kriterien ausreicht. Die Einführung eines realen Konvergenzindikators hält *Wolfgang Merz* für nicht sinnvoll. Seines Erachtens ist davon auszugehen, dass sich die bisher erzielte Konvergenz während und nach dem Beitritt weiter verstetigen werde. Andere Diskussionsteilnehmer halten darüber hinausgehende Annäherungsforschritte für wichtige Indizien der Euroreife. Hierzu zählen die aufholende Wirtschaftsentwicklung, die Entwicklung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, des Leistungsbilanzdefizits, des Arbeitsmarktes und der Realeinkommen. Diese Aspekte gäben Hinweise darauf, ob, wann und unter welchen Voraussetzungen die Euro-Einführung einen Beitrag zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wohlfahrt Polens leisten könne. Es sei anzunehmen, dass die Vorteile der gemeinsamen Währung proportional zur realen Konvergenz der polnischen Wirtschaft und der Wirtschaft der Eurozone sein werden, informiert *Danuta Dominiak-Woźniak*, *Konsulin, Leiterin der Wirtschafts- und Handelsabteilung des Generalkonsulats der Republik Polen in Köln*, über die Stellungnahme des Finanzministeriums der Republik Polen zur Euro-Einführung in Polen.

Schließlich steht auch zur Debatte, wie weit der gesellschaftliche und politische Konsens eine frühzeitige Euro-Einführung erlaubt.

### 2.2.1 Wirtschaftswachstum

Die polnische Wirtschaft befindet sich in einem stabilen Aufwärtsprozess, sind sich alle Diskutanten einig. Im zweiten Quartal 2006 hat das Wirtschaftswachstum zum vierten Mal in Folge zugelegt. Für das Jahr 2006 wird die gesamte Wirtschaft in Polen voraussichtlich um 5,2–5,5 % wachsen. Für das Jahr 2007 prognostiziert die polnische Zentralbank ein Wachstum im Bereich 4,1–6,2 % und im Jahr 2008 im Bereich 4,5–7 %. Die Investitionen, die die Grundlage für das aufholende Wachstum bilden, wuchsen im 2. Quartal 2006 um 14,4 % (verglichen mit 7,4 % im ersten Quartal 2006). Die Investitionen stiegen so stark an wie zuletzt 1998, erläutert *Axel Schäfer*, *MdB*. Diese Situation biete günstige Voraussetzungen für weitere Reformbemühungen, die für die Einhaltung der nominellen Kriterien notwendig seien.

### 2.2.2 Internationale Wettbewerbsfähigkeit

Die polnische Wirtschaft ist dem mit der Euro-Einführung verbundenen verschärften Wettbewerb auf dem Güter- und Leistungsmarkt der Euroländer noch nicht gewachsen, meinen *Krzysztof Opolski*, *Wolfgang Filc* und *Axel Schäfer*. Auf der Rangliste des World Economic Forum zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit nimmt Polen 2006 Platz 48 unter 125 Ländern ein. Wegen der großen Entwicklungs- und Produktivitätsunterschiede zwischen Polen und den Mitgliedsländern der Wirtschafts- und Währungsunion und wegen der noch nicht erledigten Aufgaben in Bezug auf Strukturanpassungen brauche Polens Wirtschaft etwas mehr Zeit bis zur Euro-Einführung, ist *Axel Schäfer* überzeugt. Denn die polnische Wirtschaft müsse in der Lage sein, zum einen die von der Euro-Einführung erzwungene sektorale und regionale Spezialisierung und zum anderen auch die schnelleren Anpassungsreaktio-

nen innerhalb eines Währungsraumes zu schultern, ohne dabei Entwicklungschancen zu verlieren.

Auch wenn sich die Wirtschaftsstrukturen denen der bisherigen EU zunehmend annäherten, die Finanzintegration fortschreite, der Offenheitsgrad hoch und der Handel mit der EU zentral seien, gebe es viele Bereiche, auf denen die polnische Wirtschaft noch Fortschritte machen müsse, um zu den anderen EU-Ländern aufzuschließen, erklärt *Wolfgang Filc*. Hierzu zähle nicht zuletzt der Agrarsektor, der eine erhebliche Produktivitätslücke zur Eurozone aufweise. Im World Economic Forum Index der unternehmerischen Leistungsfähigkeit ist Polen unter den ersten 50 Ländern nicht zu finden. Hier wurden Institutionen, die Infrastruktur, der Status der Gesamtwirtschaft, Gesundheit und Schule, Ausbildung und Lehre sowie Studium, Effizienz der Märkte, technologischer Stand, Unternehmenskultur und die Innovationsbereitschaft von Unternehmen bewertet. Zu den in polnischen Unternehmen zu entwickelnden Bereichen zählt *Krzysztof Opolski* die Ressourcenallokation, die Kapitalnutzung, das Wissensmanagement und die Entwicklung und Nutzung von Innovationen.

### 2.2.3 Arbeitsmarktentwicklungen und ihre Effekte auf die Inflationsrate

2002 betrug der Durchschnitt der Arbeitslosenrate in den zehn Beitrittsländern rund 14 %, in Polen 20 %. Inzwischen ist die Arbeitslosenquote in Polen auf 14 % gesunken – ein immer noch unerträglich hoher Wert, so *Wolfgang Filc*. Das hohe Niveau hänge auch mit der Definition zusammen, erklärt *Krzysztof Opolski*. Denn die reale Arbeitslosigkeit sei geringer als die offiziellen Zahlen suggerierten. Eine Steigerung der Arbeitslosigkeit ist zu erwarten, wenn der Landwirtschaftssektor seine Produktivität den anderen EU-Mitgliedstaaten angleiche, befürchtet *Wolfgang Filc*. Nichts stelle sicher, dass der Beschäftigungsüberhang in Agrarbetrieben von anderen Wirtschaftsbereichen aufgefangen werden könnte. Die hohe Arbeitslosigkeit in den Beitrittsländern sei zum

großen Teil zurückzuführen auf die notwendige Umstellung der Wirtschaftsstrukturen, auf Nachteile in der beruflichen Qualifikation, auf weitgehend dezentralisierte Lohnverhandlungsprozesse, die eine eigentliche „Lohnpolitik“ ausschlossen. Um den realen Konvergenzprozess nicht ins Stocken geraten zu lassen, seien in diesen Bereichen weitere Fortschritte unumgänglich.

Eine verlängerte Vorlaufzeit vor dem Beitritt Polens zur Eurozone hält auch *Krzysztof Opolski* für notwendig, um vor allem die strukturelle Arbeitslosigkeit abzubauen. Die Öffnung der ausländischen Arbeitsmärkte habe in Polen zu einem signifikanten Abfluss von qualifizierten Arbeitskräften geführt. Diese werden in Polen wegen der dynamischen Wirtschaftsentwicklung zunehmend gebraucht.

### 2.2.4 Realeinkommen

Besorgniserregend sei, dass die rückläufige Arbeitslosigkeit mit steigenden Löhnen einhergehe, erklärt *Wolfgang Filc*. So seien in 2006 die Löhne um 6 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Hier lauerten Inflationsrisiken, sofern die Lohnerhöhungen die Zunahme der durchschnittlichen Produktivität der Arbeit deutlich überstiegen. Der Anstieg der Inflationsrate im laufenden Jahr könnte hierauf zurückzuführen sein. Auch *Krzysztof Opolski* sieht dieses Risiko.

Schätzungen, ob durch die Euro-Einführung das reale Einkommensgefälle gegenüber dem Durchschnitt der EU-Länder abzubauen oder gar zu nivellieren ist, fallen *Wolfgang Filc* zufolge ungünstig aus. 2003 lag das Pro-Kopf-BIP zu Kaufkraftparitäten in den zehn Beitrittsländern bei 50 % des EU-Durchschnitts. Polen rangierte mit 40 % gleichauf mit Estland und Litauen an vorletzter Stelle. Unter der Annahme, dass das reale BIP-Wachstum in den Beitrittsländern um 2 % über dem Wert der EU-15 liegt, werde ein Vierteljahrhundert vergehen, bis in Polen der Durchschnitt des Pro-Kopf-Einkommens der EU erreicht ist. Das mit einem übereilten Beitritt zur Eurozone einhergehende Risiko der Neumitglieder, zu verlängerten Werkbänken der alten EU-Länder zu

werden, dürfe nicht übersehen werden. Die Integration der Ex-DDR in die westdeutsche Wirtschaft diene als Menetekel, warnt *Wolfgang Filc*.

### 2.2.5 Mangelnder gesellschaftlicher und politischer Konsens als Bremse?

Umstritten ist, ob es einen politischen und gesellschaftlichen Konsens für eine Euro-Einführung in Polen gibt. Befürworter einer schnellen Einführung sehen darin ein Argument, die existierende Dynamik auszunutzen. Verfechter einer langsamen Einführung weisen auf die Notwendigkeit hin, diesen Konsens herstellen zu müssen, bevor die gemeinsame Währung Euro die nationale Währung Zloty ersetzt.

Im Gegensatz zum EU-Beitritt fehle in Polen der politische Konsens für die Euro-Einführung, konstatiert ein Diskutant. Es gebe Stimmen, die mit Bezug auf amerikanische Wirtschaftswissenschaftler wie Milton Friedman dem Euro nur eine Überlebenszeit von zehn Jahren prognostizierten. Damit werde der Beitritt zum Euro und sogar der Beitritt zur EU in Frage gestellt. Die polnische Bevölkerung sei sehr verunsichert. Aus Kreisen der polnischen Wirtschaft wird diese Sicht unterstützt. Die polnische Gesellschaft insgesamt sei für den EU-Beitritt gewesen, auch wenn sich vereinzelte Stimmen dagegen ausgesprochen hätten. Eine vergleichbar hohe Zustimmung zum Euro existiere hingegen nicht, meint *Jan Korsak*, *Vorsitzender der Polnischen Kammer für Tourismus*. Diese Diskussion sei überflüssig, kontert *Michal Jonczyński*, *Vorstandsmitglied von Solaris Bus*. Denn der Beitritt war Wille der Polen und der nächste Schritt sei konsequenterweise die Euro-Einführung. Polen sei eine anpassungsfähige Nation der Optimisten. Man würde sich an den Euro gewöhnen. Als Beispiele für politische Gegner des EU-Beitritts führt *Marek Zuber* die Polnische Bauernpartei und die Liga polnischer Familien an. Es gab seines Erachtens weder einen politischen noch einen gesellschaftlichen Konsens für einen EU-Beitritt. Ebenso wenig gebe es diesen Konsens in Bezug auf die Euro-Einführung.

### 2.2.6 Schlussfolgerungen für den Eintritt Polens in die Eurozone

Aus dem Stand der nominellen und realen Konvergenz Polens werden unterschiedliche Schlussfolgerungen für den Zeitpunkt der Euro-Einführung gezogen. Die Diskussion um den Zeitpunkt des Eintritts Polens in die Währungsunion teilt sich in Befürworter einer schnellen Einführung und Verfechter einer langsamen Gangart.

Auf polnischer Seite hält man sich bedeckt mit der Nennung eines offiziellen Termins und rechnet vorsichtig mit einer Einführung des Euro zwischen 2012–2014. Die Erfüllung der Konvergenzkriterien solle stufenweise erfolgen, damit die Wirtschaft durch zu schnelle Anpassungsprozesse nicht geschädigt wird. Deshalb soll die Bekanntmachung des Datums des Beitritts Polens zur Eurozone dann erfolgen, wenn die Erfüllung der Konvergenzkriterien sichergestellt ist. Eine solche Reihenfolge werde positiv zur Glaubwürdigkeit der von der polnischen Regierung erklärten Marschroute für den Beitritt Polens zur Eurozone beitragen, so die Stellungnahme des Finanzministeriums der Republik Polen zur Euro-Einführung in Polen. Der polnische Staatspräsident Lech Kaczyński hat ein Referendum über die Einführung des Euro für das Jahr 2010 ins Gespräch gebracht. Aus der Perspektive von *Dariusz Rosati*, *MdEP*, ist Polen bereits zu Beginn des Jahres 2010 für die volle Mitgliedschaft der WWU bereit. Das Haushaltsdefizit-Kriterium sei innerhalb von zwei Jahren zu erfüllen. Die Stabilität des Zloty könnte bis Januar 2008 so weit erreicht werden, dass er in feste Wechselkurse übergehen und dort für zwei Jahre ohne Devaluation verbleiben könne.

Wirtschaftliche Risiken, die mit einer über-eilten Einführung des Euro verbunden sind, sind nach Ansicht von *Dariusz Rosati* der Hauptgrund für die Zurückhaltung der polnischen Regierung. Auch Wissenschaftler argumentieren für einen langsamen Beitritt zur Eurozone. Wirtschaft und Gesellschaft sind aus der Perspektive der Wissenschaftler *Wolfgang Filc* und *Krzysztof Opolski* noch nicht ausreichend auf diesen Schritt vorbereitet.

Hierbei sind neben realen Größen wie dem Staatsdefizit und der Preisniveaustabilität vor allem auch reale Konvergenzkriterien wie Wettbewerbsfähigkeit, Wirtschaftsstruktur, Beschäftigung und ihre Wechselwirkungen mit nominellen Kriterien ausschlaggebend.

Deutsche Politiker plädieren hingegen dafür, den Euro frühzeitig einzuführen und gleichzeitig den Konvergenzprozess nachhaltig fortzusetzen. Eine Strategie zur Euro-Einführung zum schnellstmöglichen Termin wäre ein starker Anreiz um

strukturelle Reformen voranzubringen und damit ein langfristiges, starkes Wirtschaftswachstum zu sichern und zu unterstützen, so *Wolfgang Merz* und *Axel Schäfer*. Man sollte das Momentum der in den neuen Mitgliedstaaten vorhandenen Euro-Zustimmung nutzen, um die Bürger zu überzeugen und einen pragmatischen Anpassungsprozess voranzutreiben, meint *Wolfgang Merz*. Man könne nicht warten, bis der Konvergenzprozess abgeschlossen ist, um den Euro einzuführen, so *Manfred Koch*.

### 3. Vorteile und Risiken der Euro-Einführung in Polen

---

Einig ist man sich darüber, dass die Euro-Einführung – unter der Voraussetzung des richtigen Zeitpunkts und der richtigen Vorbereitung – überwiegend Nutzen für Polen und auch für Deutschland und die anderen bisherigen Teilnehmer der WWU bringen wird. Der Schritt zur europäischen Währung birgt jedoch auch Risiken und Nachteile.

#### 3.1 Risiken der Euro-Einführung

Wie groß die Risiken der Euro-Einführung für Polen ausfallen, wird unterschiedlich bewertet. In diesem Zusammenhang werden die Aufgabe der unabhängigen Geldpolitik, die internationale Wettbewerbsfähigkeit, die volkswirtschaftliche Entwicklung und der Preisanstieg debattiert sowie die Risiken für die WWU-Länder.

##### 3.1.1 Aufgabe der unabhängigen Geldpolitik

Als größter Nachteil der Teilnahme an der WWU wird gemäß der offiziellen Stellungnahme des Finanzministeriums der Republik Polen bezüglich der Euro-Einführung in Polen die Aufgabe der unabhängigen Geldpolitik eingeschätzt. Im Gegensatz zu den Aufgaben der Polnischen Nationalbank richtet die Europäische Zentralbank ihre Maßnahmen auf die Aufrechterhaltung der Preisstabilität in der gesamten Eurozone aus. Unter solchen Umständen werden andere Anpassungsmechanismen die Rolle der Stabilisierungswerkzeuge übernehmen und zur Dämpfung des Asymmetrieschocks dienen müssen. Wie hoch der eingeschränkte Handlungsspielraum für nationale Geld, Wirtschafts- und Finanzpolitik unter diesen Umständen als Risiko zu bewerten ist, ist umstritten. Auf der einen Seite wird befürchtet, dass es auf diese Weise keine Möglichkeiten mehr zur Be-

kämpfung einer Währungskrise gebe. *Marek Zuber* zufolge hat Polen die Währungskrise nur aufgrund seiner freien Wechselkurse vermeiden können. Wenn Polen einen festen Wechselkurs gehabt hätte, hätte es dazu keine Möglichkeit gegeben.

Auf der anderen Seite vertritt *Dariusz Rosati* die Position, dass Polen nicht viel verliert, wenn es seine eigenständige Währungspolitik aufgibt. Der Theorie des optimalen Währungsraums des kanadischen Ökonomen Robert Mundell zufolge hängt die Höhe der Kosten ab von der Möglichkeit und Größenordnung des Auftretens von asymmetrischen Schocks, d. h. Angebots- oder Nachfrageschocks, die im unterschiedlichen Maße einzelne Länder der Währungsunion berühren. Das Risiko eines asymmetrischen Schocks ist umso höher, je schwächer die neuen Mitglieder des Euroraums miteinander verflochten sind. Ein hoher Verflechtungsgrad bedeutet einen hohen Grad an Angleichung von zyklischen Konjunkturschwankungen der einzelnen Ökonomien, was das Bedürfnis nach einer eigenständigen Geldpolitik abschwächt. Denn eine Politik für den gesamten Währungsraum erfüllt bereits eine stabilisierende Funktion. Ein gutes Messinstrument für diese Verflechtungen ist der Korrelationswert zwischen Veränderungen des BIP in einem Land und den restlichen Ländern des Währungsraums. Für Polen und die Eurozone liegt der Korrelationskoeffizient der BIP-Veränderungen in den letzten Jahren bei ca. 0,75–0,80. Aus diesem hohen Wert könne auf eine hohe Angleichung der Konjunkturzyklen geschlossen werden, erklärt *Dariusz Rosati*.

Weil die Volkswirtschaften der EU sich schon weit angenähert hätten, sei das Potenzial für asymmetrische Schocks gering und nicht höher als in anderen EU-Ländern. Zudem stünden Polen Instrumente zur Bekämpfung asymmetrischer

Schocks zur Verfügung. Hierzu zählten die Flexibilität der Arbeitsmärkte, die Mobilität der Arbeitskräfte und die Fiskalpolitik, so *Dariusz Rosati*. Ferner diene hierzu die Steuerpolitik, zitiert *Danuta Dominiak-Woźniak* die Stellungnahme des Finanzministeriums der Republik Polen zur Euro-Einführung in Polen. Auch sei die nationale Fiskalpolitik wegen der Euro-Einführung zwar eingeschränkt, habe aber noch immer einen Spielraum von 0–3 % Defizit, gibt *Wolfgang Filc* zu bedenken. Es gebe einen nationalen Spielraum, auf asymmetrische Schocks zu reagieren, wenn der Staatshaushalt ausgeglichen ist, merkt *Manfred Koch* an.

Gegen die Anwendung der Theorie der optimalen Währungsräume zur Bestimmung der Höhe der Kosten für die Aufgabe einer Währung spreche, dass diese rein güterwirtschaftlich orientiert ist, gibt *Wolfgang Filc* zu bedenken. Im Zentrum der Theorie stünden Fragen wie die Mobilität der Arbeitskräfte, die Diversifizierung der Produktion etc. Es sei jedoch keine geschlossene monetäre Theorie eines optimalen monetären Währungsraums. Eine solche Theorie gebe es in der Wissenschaft bisher nicht.

### 3.1.2 Internationale Wettbewerbsfähigkeit

Es sei ungewiss, ob polnische Unternehmen von der Marktöffnung und dem einhergehenden Preisvergleich profitieren werden, erklärt *Jan Korsak*. Um dem erwarteten Wettbewerb zu genügen, müssten sie sich bereits jetzt darauf vorbereiten. Zu diesem Zweck müssten sie sowohl Veränderungen in den Funktionsabläufen ihrer Firmen als auch in den Eigenschaften der angebotenen Produkte, die von den Standards auf den Märkten der Euro-Mitgliedsländer abweichen, durchführen. Die notwendigen Anpassungen würden den polnischen Betrieben finanzielle Lasten auf, ohne eine Garantie, dass sich diese nach der Euro-Einführung bezahlt machen.

Ein durch die Euro-Einführung bedingter kurzfristiger Preisanstieg würde insbesondere Tourismusunternehmen gefährden, weil sich viele von ihnen bereits heute an der Grenze der Wirtschaftlichkeit bewegten. Sie seien sehr empfindlich gegenüber Umsatzschwankungen und fürchteten

Insolvenzen. Das könnte den Konzentrationsprozess in der Tourismusbranche beschleunigen, erläutert *Jan Korsak*.

Eine weitere Gefahr für die Wettbewerbsfähigkeit der Tourismusbranche entspringe einer beschleunigten Anpassung an die Preise in der Eurozone. Eine solche Entwicklung bremse nicht nur die Binnennachfrage, sondern reduziere auch die Zahl ausländischer Touristen, beschreibt *Jan Korsak* die Befürchtungen der Tourismusbranche.

### 3.1.3 Volkswirtschaftliche Entwicklung

Auch werden die Entwicklungen in den WWU-Ländern nach der Euro-Einführung als negatives Beispiel für die wirtschaftlichen Effekte gesehen. So konnten die WWU-Länder die Maastricht-Kriterien nach Einführung des Euro nicht durchgehend einhalten, erklärt *Marek Zuber*. Wenn der Euro jedoch nicht eingeführt worden wäre, hätten sich die Volkswirtschaften der Euro-Länder noch negativer entwickelt, vermutet er.

Aus der kurzen Entwicklung der Eurozone sei abzulesen, dass es keine Sicherheit für eine weiterhin dynamische Entwicklung der polnischen Wirtschaft gebe, erklärt *Jan Korsak*. Sowohl die deutsche als auch die italienische Volkswirtschaft wüchsen nicht in großem Umfang, während sich die außerhalb des Euroraums gebliebene britische Volkswirtschaft seit Jahren am besten entfalte. Auch sei der Euro-Wirtschaftsraum der Volkswirtschaft der USA unterlegen. Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank sei demzufolge offenbar nicht in der Lage, die Wirtschaftsentwicklung der beitretenden Länder zu stimulieren. Daraus könne die Schlussfolgerung gezogen werden, dass die Auswirkungen der Euro-Einführung auf die polnische Wirtschaft ungewiss seien.

### 3.1.4 Preisanstieg

Auf der einen Seite werden inflationäre Tendenzen befürchtet. Zu den abschreckenden Erfahrungen der Länder der Eurozone zähle auch der Preisanstieg, der in der Bevölkerung der Euro-Länder zu Diskussionen über die Zukunft der gemeinsamen Währung bis zu Überlegungen der

Wiedereinführung der nationalen Währungen geführt hätte, erklärt *Marek Zuber*. Auch in Deutschland sei nach der Euro-Einführung eine Diskussion um die „gefühlte“ Inflation ausgebrochen, erklärt *Axel Schäfer*. Selbst ein Jahr nach der Euro-Bargeldeinführung empfanden in Deutschland viele Verbraucherinnen und Verbraucher eine höhere Teuerung („gefühlte Inflation“), die die Akzeptanz des Euro in der Bevölkerung auf eine Probe stellte. Der Währungstausch habe jedoch nur zu einem einmaligen Preisanstieg von 0,2–0,3 % geführt, vor allem durch „Aufrundung“ von Preisen durch Geschäfte und Dienstleister, so *Dariusz Rosati*.

Offizielle Statistiken und EZB-Untersuchungen bestätigen die These von einem massenhaften Preisanstieg nicht. Zwar ist im Januar 2002 der harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI)<sup>4</sup> auf 2,7 % von 2,0 % im Dezember 2001 angestiegen, die Inflation ist in den folgenden Monaten jedoch rasch auf 2,2 % im Jahr 2002 gefallen im Vergleich zu 2,5 % im Jahr 2001. Ein Teil des Anstiegs des HVPI-Index zu Beginn 2002 war durch ein unvorteilhaftes, national nicht zu beeinflussendes Umfeld bedingt, d. h. durch Preisanstiege bei Lebensmitteln sowie bei Brennstoffen, Energie und Rohstoffen auf dem Weltmarkt.

Auf der anderen Seite wird vor einer zu stabilen Währung gewarnt. Die dauerhafte Tendenz zur realen Aufwertung der polnischen Währung bei niedriger Inflation könnte zur systematischen Aufwertung des Nominalkurses führen. Dies könnte den Druck auf den Exportsektor erhöhen, warnt *Dariusz Rosati*.

### 3.1.5 Perspektive der WWU-Länder

Aus der Perspektive der WWU-Länder sei eine frühzeitige Einführung des Euro ein Stabilitätsrisiko. Denn es bedeute neue Belastungen, wenn wirtschaftlich schwächere und finanzpolitisch nicht stabile Länder der Eurozone beitreten. Zudem durchlebe die Europäische Union jetzt eine Identitätskrise, so dass es zurzeit besser erscheine, ihre Probleme durch einen schnellen Beitritt neuer Mitglieder zur Eurozone nicht zu vergrößern, meint *Krzysztof Opolski*.

## 3.2 Vorteile einer Euro-Einführung für Polen

Einigkeit herrscht darüber, dass die Einführung des Euro insgesamt mehr Vor- als Nachteile und Risiken für Polen bringen wird. Eine Reihe von Studien, von der Polnischen Nationalbank und von unabhängigen Think-Tanks, bestätigten diese Auffassung. Die Vorteile liegen für Polen vor allem im Wegfall der Transaktionskosten und des Wechselkursrisikos sowie im Bereich der Währungs- und Haushaltspolitik. Auch die Länder des Euroraumes, Deutschland insbesondere, werden von der Euro-Einführung profitieren. Aus der Perspektive einzelner polnischer und deutscher Unternehmen aus dem produzierenden Gewerbe und aus der Tourismusbranche betrachtet, gewinnen die volkswirtschaftlichen und politischen Vorteile der Euro-Einführung eine konkrete und praxisnahe Dimension.

### 3.2.1 Wegfall der Transaktionskosten

Ein zentraler Vorteil der Euro-Einführung ist aus polnischer Perspektive der Wegfall der Transaktionskosten, die durch die Nutzung einer eigenen Währung im Außenhandel und anderen internationalen Transaktionen (Wechselkurskosten, Kosten für die Absicherung gegen das Wechselkursrisiko, Kosten für den Preisvergleich) entstehen.

Der Theorie des optimalen Währungsraums folgend wächst das Ausmaß an potenziellen Vorteilen für ein Land mit der Intensität seiner wirtschaftlichen Verflechtung mit den Ländern des gemeinsamen Währungsraumes, erklärt *Dariusz Rosati*. Den Verflechtungsgrad misst man in der Regel mit Hilfe der Stärke der Handelsverbindungen zwischen einem Land und dem Raum der Währungsunion. Der Anteil der 13 Länder der Eurozone am Außenhandel Polens hält sich seit einigen Jahren bei 55 % – andere Untersuchungen gehen von 59 % bzw. von 70 % aus – während der Anteil aller 26 EU-Mitgliedstaaten bei 65 % liegt. Gleichzeitig wächst der Anteil des brancheninternen Handels sowie des Handels zwischen Polen und dem Euroraum. Diese Indikatoren weichen nicht von entsprechenden Indikatoren der Mehrheit der Länder des Euroraumes

4 Zur Definition und Funktion des harmonisierten Verbraucherpreisindex siehe: <http://europa.eu.int>

ab, und in manchen Fällen weisen polnische Indikatoren sogar höhere Werte auf, so z. B. im Vergleich zu Irland, Finnland oder Griechenland.

Ausgehend von einer normalen Provisionshöhe der Banken und anderer Kosten kann man schätzen, dass die Vorteile der Euro-Einführung eine Größenordnung von 0,5 bis 1 % des polnischen BIP erreichen können, so *Dariusz Rosati*. Die Polnische Nationalbank veröffentlichte einen speziellen Bericht, demzufolge die Euro-Einführung für die polnische Wirtschaft einen Nettogewinn von 0,2–0,4 % des BIP erwarten lasse<sup>5</sup>. *Dariusz Rosati* zufolge scheint diese Zahl eine zu niedrige Schätzung. Würde man die Prognose z. B. nicht auf der Annahme einer ausgeglichenen Umsatzbilanz aufbauen, lägen die Nettovorteile bei 1% des BIP. Zu ähnlichen Ergebnissen kamen Experten des Internationalen Währungsfonds<sup>6</sup> sowie andere Autoren<sup>7</sup>.

### 3.2.2 Wegfall des Wechselkursrisikos

Der Wegfall des Wechselkursrisikos werde zur Verringerung der Basiszinssätze im Inland um den Betrag des darin enthaltenen Kursrisikos führen, was wiederum die Kapitalkosten auf den Finanzmärkten senken werde, meinen *Krzysztof Opolski*, *Dariusz Rosati* und *Wolfgang Merz*. Diese Entwicklung werde zur Steigerung der inländischen Investitionen führen – zum einen dank der Verringerung der Kapitalkosten, zum anderen Dank des geringeren Investitionsrisikos, so die Stellungnahme des Finanzministeriums der Republik Polen zur Euro-Einführung. Der Wegfall des Kursrisikos werde auch zur Steigerung der Handelsumsätze mit anderen Ländern führen. Diese Entwicklung bringe weitere Vorteile, wie z. B. die Spezialisierung der Industriezweige, die Zunahme der Investitionen sowie den Transfer von neuesten Technologien und wissenschaftlichen Errungenschaften nach Polen, meint *Krzysztof Opolski*. Die unwiderrufliche Abschaffung des

Währungsrisikos werde das makroökonomische Risiko des Landes verringern, was wiederum den Zufluss von langfristigem Kapital aus dem Ausland begünstigen und inländische Ersparnisse erhöhen werde. Eine gemeinsame Währung werde eine bessere Preisvergleichbarkeit sowie eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit auf dem Güter- und Leistungsmarkt der Euro-Länder nach sich ziehen. Die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit werde zur besseren Verteilung der Arbeit und des Kapitals sowie zur effizienteren Nutzung von Ressourcen beitragen.

### 3.2.3 Währungs- und haushaltspolitische Vorteile

Die Teilnahme an der WWU löst weitere disziplinierende Wirkungen aus. Sie führe zu einer größeren Haushaltsdisziplin und stärke das makrostrukturelle Gefüge einer Volkswirtschaft. Ein Vergleich der Euroreife der Mitgliedstaaten zwischen dem Jahr 1997 und dem Jahr 2006 zeige dies. 1997 erfüllten die Länder die Konvergenzkriterien weitgehend. Aber auch nach ihrem Beitritt zur Währungsunion habe sich ihre Performanz weiter verbessert. Bezogen auf Deutschland kulminiert das Argument in der These, dass es die Agenda 2010 ohne die Währungsunion noch nicht geben würde, erklärt *Wolfgang Merz*. Die Maßgabe, die Konvergenzkriterien einhalten zu müssen, hat die Konzeptentwicklung und -umsetzung zur Reform der deutschen Sozialsysteme und des Arbeitsmarkt beschleunigt.

Finanzpolitisch gesehen ist die WWU ein Erfolgsmodell und hat sich zu einer starken und weit verbreiteten Währung entwickelt, konstatiert *Wolfgang Merz*. Der Euro wird mittlerweile von rund 300 Mio. Verbrauchern in der WWU genützt im Vergleich zu rund 290 Mio. Verbrauchern im US-Dollar-Raum. Wenn alle neuen EU-Mitgliedstaaten den Euro eingeführt haben, werden ihn ca. 380 Mio. Verbraucher nutzen.

5 „Raport o korzyściach i kosztach wprowadzenie euro w Polsce“, Narodowy Bank Polski, Warszawa, luty 2004r.

6 „Adopting the Euro in Central Europe. Challenges of the Next Step in European Integration“, International Monetary Fund, Occasional Paper 234, Washington DC, 2005.

7 Rose, A. „The Effects of Common Currencies on International Trade: Where Do We Stand?“, Occasional Paper 22, University of California, Berkeley, 2002; Frankel, J. i A. Rose, "An Estimate of the Effect of Common Currencies on Trade and Income". Quarterly Journal of Economics, Vo.117 (May), 2002, s.437–466; Faruqee, H, "Measuring the Trade Effects of the EMU", unpublished, International Monetary Fund, Washington DC, 2004.

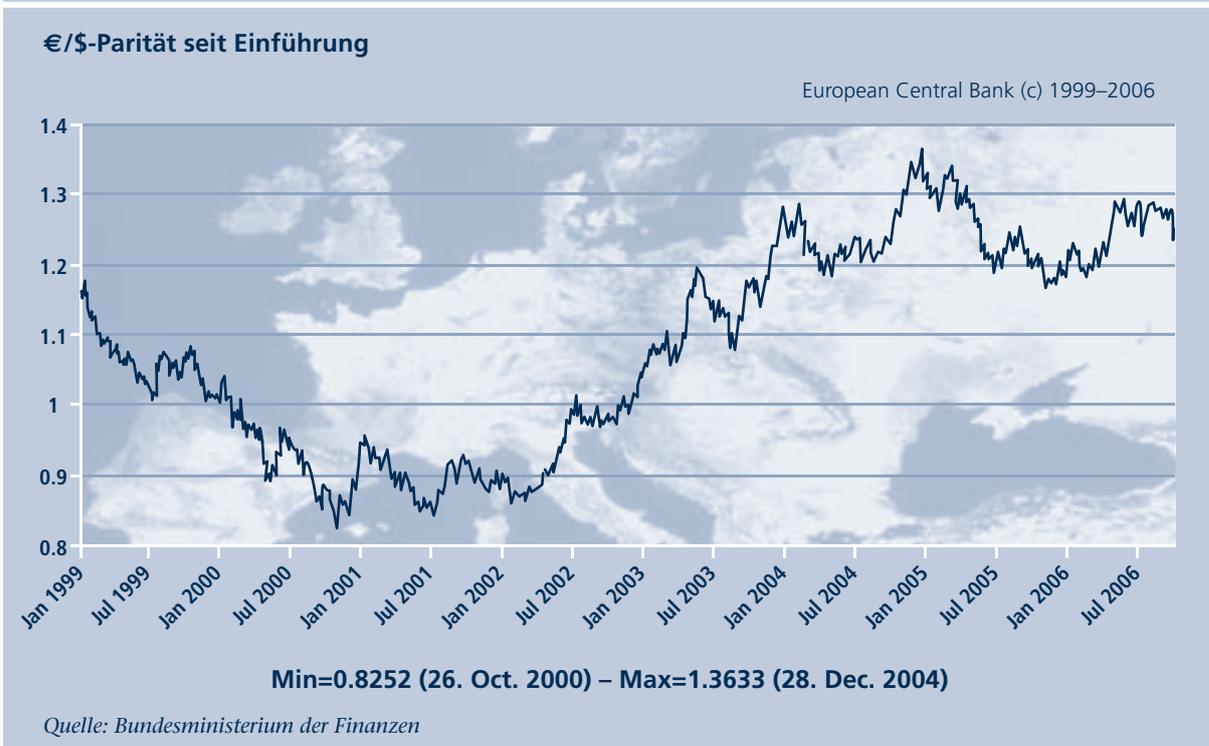
Auch die stabile Wertentwicklung des Euro sei ein Indiz dafür, dass sich die WWU bewährt habe (s. Abb. 13). Derzeit werde zwar die Überbewertung im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit diskutiert. Zuvor wurde hingegen über die Unterbewertung diskutiert. Unabhängig von der Richtung, in die sich der Euro bewege, würden gerade im angelsächsischen Raum Stimmen erheben, die ein bedrohliches Szenario zeichneten. Der Dollar sei hingegen trotz extremer Entwicklungen nie so kritisiert worden. Im angelsächsischen Raum stünde man dem Euro nicht zuletzt deshalb skeptisch gegenüber, weil er als Bedrohung des Dollar wahrgenommen werde. Die Skepsis der USA gegenüber dem Euro habe nicht nur wissenschaftliche und rationale Gründe, sondern entspringe auch der Urangst, dass der Dollar an Gewicht verlieren könnte, wenn der Euro zum Gegengewicht avanciere, merkt *Wolfgang Merz* an. Die Schwäche des Dollar hätten die USA selbst verschuldet. Die Regierung spare seit Jahren nicht, ebenso wenig wie die Bevölkerung. So werde der Dollar aller Voraussicht nach weiter fallen, prognostiziert *Dariusz Rosati*.

### 3.2.4 Vorteile für die EU generell und für Deutschland im Besonderen

Vorteile gibt es für die aktuellen Mitglieder der WWU und für Deutschland im Besonderen sowohl wirtschaftlich, als auch finanzpolitisch und gesellschaftlich. Ausländische Investoren profitieren von der hohen Planungssicherheit. Der Handel zwischen Polen und den EU-Mitgliedstaaten, insbesondere mit Deutschland, sowie die Investitionen der deutschen Wirtschaft in Polen würden mit der Euro-Einführung einen wichtigen Impuls erfahren, sind *Axel Schäfer* und *Wolfgang Merz* überzeugt. Im Hinblick auf seine außenwirtschaftliche Prägung sei dies für Deutschland von Vorteil, aber auch im Hinblick auf das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen, wenn beide Länder über eine gemeinsame Währung verfügen.

Finanzpolitisch entstünde ein größerer, noch leistungsfähigerer Finanzmarkt auf EU-Ebene. Der Zuwachs an internationalem Gewicht und die einheitliche Geldpolitik in Europa ermöglichen ein leichteres Krisenmanagement im welt-

Abbildung 13:



weiten Währungsbereich, meint *Wolfgang Merz*. Von polnischer Seite wird angemerkt, dass sich das Wachstum in der Eurozone bisher langsamer als in den USA oder in Russland entwickle. Durch die Euro-Einführung in den Beitrittsländern werde jedoch das Wachstum in der Eurozone insgesamt beschleunigt werden. Die Wirtschaftsdaten der Neuankommlinge seien gut, so habe Litauen z. B. nur ein Staatsdefizit in Höhe von 20 % des BIP, hebt *Dariusz Rosati* hervor.

Der Euro ist ein Identität stiftendes Symbol für alle Bürgerinnen und Bürger der EU. Mit dem gemeinsamen Zahlungs- und Wertaufbewahrungsmittel werde die EU für die Menschen ganz praktisch erfahrbar und vertiefe das Verständnis füreinander, meint *Wolfgang Merz*.

### 3.2.5 Die Vorteile der Euro-Einführung ganz konkret aus Unternehmersicht

#### *Polnisches Unternehmen auf dem deutschen Markt*

Aus der Perspektive eines polnischen Unternehmens mit europäischen Wurzeln und dem Hauptmarkt in Deutschland, ist die schnelle Einführung des Euro wünschenswert, erklärt *Michał Jonczyński, Vorstandsmitglied von Solaris Bus in Poznan*. Die Vorteile einer Euro-Einführung werden aus Unternehmersicht vor allem im Wegfall von Wechselkursschwankungen, niedrigeren Geldtransferkosten, schnelleren Zahlungen, einem einheitlich niedrigen Zinsniveau und einem transparenteren, unverzerrten Wettbewerb aufgrund des weggefallenen Wechselkursrisikos gesehen. Als positiv wird zudem gewertet, dass Vertragsgestaltungen, Angebotsabgaben, Angebotsannahmen und Abrechnungen einheitlich in Euro erfolgen können. Solaris Bus produziert Stadt-, Überland-, Oberleitungs- und Reisebusse. Das Unternehmen wurde 1994 mit 36 Mitarbeitern gegründet und ist heute Europas größter Oberleitungsbus-Produzent mit über 1.000 Mitarbeitern. Solaris Bus ist trotz der Umwandlung in eine Aktiengesellschaft am 1. Juli 2005 ein Familienunternehmen, da die Familie Olszewski 100 % Prozent der Anteile besitzt. Früher war das

Unternehmen mit dem Vertrieb der deutschen Neoplanbusse in Polen beauftragt. Als der deutsche Hersteller in Schwierigkeiten geriet, hat Solaris Bus selbst mit der Produktion begonnen. Im Jahr 2000 erhielt der Betrieb den ersten Auftrag aus einem EU-Land für Hybrid Busse von der Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG). Heute stammt jeder fünfte Bus der BVG aus ihrem Hause. Die Busse werden in 17 europäische Länder verkauft. Das Unternehmen stellt sich in der Produktion z. B. des Solaris Urbino EEV bereits auf zukünftige Umweltstandards der EU ein. Die Busse bestehen zu beinahe 50 % aus Komponenten, die aus Deutschland importiert werden. Je mehr Busse Solaris produziert, desto mehr Teile werden aus Deutschland nachgefragt und desto mehr Arbeitsplätze werden in Deutschland gesichert.

#### *Deutsche Unternehmen auf dem polnischen Markt*

Aus der Perspektive eines deutschen Unternehmens, das seinen Hauptmarkt von Deutschland nach Polen verlagert hat, wäre eine schnelle Einführung des Euro ebenfalls von großem Vorteil, erklärt *Karl-Heinz Knoop*, Inhaber der Firma Riela in Riesenbeck. Das 1972 gegründete Unternehmen hat sich auf Maschinen für die Nachernte-technik für Getreide, Raps und Mais spezialisiert, d. h. Getreidespeicher und Trocknungsanlagen. Im Jahr 2000 wurde Riela-Polska in Krokowa im Norden Polens gegründet. Mit dem Schritt nach Polen wurden nicht nur Arbeitsplätze in Polen geschaffen, sondern auch Arbeitsplätze in Deutschland erhalten, hebt *Karl-Heinz Knoop* hervor. 100 der insgesamt 350 Mitarbeiter seien mittlerweile in Polen beschäftigt. Weitere Standorte habe das Unternehmen in Rumänien, Russland und in der Ukraine aufgebaut. Polen ist der größte Markt mit großem Wachstumspotenzial für die Nachernte-technik. In absehbarer Zeit werde schätzungsweise eine Millionen Tonnen zusätzliche Lagerkapazität für Getreide benötigt. Nicht zuletzt, weil in Zukunft Getreide zunehmend auch für Bioenergie eingesetzt werden würde.

Vor einigen Jahren hat das Unternehmen Riela begonnen, die Kosten für den Transport

großer Maschinen um ein Drittel zu reduzieren, indem die einzelnen Komponenten nach Polen verfrachtet und dort zusammengebaut werden. So findet in Polen mittlerweile 50 % der Produktion statt. Damit wird in Polen 50 % des jährlichen Umsatzes in Höhe von 15 Mio. generiert. Ein wichtiger Erfolgsfaktor ist der schnelle Service vor Ort. Dieser sei zentral für das Geschäft, denn das Getreide verderbe innerhalb von 24 Stunden. In Polen würden jedoch nicht nur die Anlagen zusammengebaut und der Service geleistet. Zwischenzeitlich werde auch die Planung und Projektierung für Deutschland in Polen erarbeitet. Mit EU-Fördergeldern von 250.000 Euro werde zudem eine weitere Produktionsstätte aufgebaut, in der Produkte in Polen veredelt und neu gebaut werden. Siloanlagen und Fördertechnik werden demnächst in Polen hergestellt. Riela beginnt mittlerweile aus Polen nach Deutschland und Russland zu exportieren.

Angesichts der verschiedenen Standorte und der Größe der jeweiligen Aufträge sei es mühsam, Angebote in Euro zu erstellen und dann in die jeweilige nationale Währung umzurechnen. Denn bei einem Millionenauftrag betrage die Differenz oftmals eine Millionen Euro und mehr, je nachdem ob man einen Euro zu 4 oder zu 5 Zloty umtausche. Der Kunde hat den Zlotykurs des Fäl-

ligkeitstages der Rechnung zu zahlen. Das Unternehmen Riela legt sich vorher nicht auf einen Umtauschkursus fest, weil es nicht weiß, wie sich der Zlotypreis entwickelt (s. Abb. 14). Entsprechend günstig wäre die Euro-Einführung für die Kunden. Denn sie wüssten bei Vertragsabschluss, wie hoch der Rechnungsbetrag ausfallen wird.

Der von polnischer Wissenschaftsseite angeführte Aspekt, dass Unternehmen an Währungsschwankungen verdienen können, sieht *Karl-Heinz Knoop* nicht als Vorteil. Er wolle mit seinen guten Produkten Gewinne machen, nicht mit Finanzspekulationen. In einem Jahr hat das Unternehmen bei einem Umsatz von 27 Millionen Zloty aufgrund von Wechselkursschwankungen einen Kursgewinn von 224.000 Zloty erzielt, im nächsten Jahr hingegen 29.000 Zloty Verlust (s. Abb. 15). Um günstige Wechselkurse zu erzielen, habe es einen Mitarbeiter im Umfang einer halben Stelle eingestellt, der allein mit dem Aspekt des günstigen Einkaufens der Währung befasst ist.

#### *Tourismusbranche in Polen*

Aus der Perspektive der polnischen Tourismusbranche wäre die schnelle Einführung des Euro ebenfalls wünschenswert, so *Jan Korsak*, Vorsit-

Abbildung 14:

#### **Wechselkursschwankungen der polnischen Währung**

Währungsschwankungen des polnischen Zloty

2003 1 €uro = 5,00 Zloty

2004 1 €uro = 4,50 Zloty

2005 1 €uro = 4,00 Zloty

2006 (Stand: 22.11.06)

1 €uro = 3,80 Zloty

Quelle: RIELA *Karl-Heinz Knoop e. K.*



Abbildung 15:

**Währungsgewinne und -verluste des Unternehmens Riela im Handel mit Polen**

Beispiel: Währungsgewinne/-verluste in der polnischen Bilanz

2004  
 Umsatz: 27.000.000 Zloty  
 Kurs: + 224.000 Zloty  
 % v. Umsatz: + 0,82 %

2005  
 Umsatz: 34.000.000 Zloty  
 Kurs: - 29.000 Zloty  
 % v. Umsatz: - 0,08 %



Quelle: RIELA Karl-Heinz Knoop e. K.

zender der Polnischen Kammer für Tourismus in Warschau<sup>8</sup>. Die Branche habe auch den EU-Beitritt mit allen einhergehenden harten Struktur- anpassungen und der Öffnung gegenüber der Konkurrenz immer begrüßt und mitgetragen im Glauben an eine bessere Zukunft und eine stabile Entwicklung in Polen. Auch heute plädieren polnische Unternehmen dafür, dass sich die polnische Volkswirtschaft der Konvergenz entsprechend den Maastricht-Kriterien verschreibt, weil dies der makroökonomischen Stabilisierung diene und damit die Basis für ein langfristiges Wachstum schaffe. *Jan Korsak* empfiehlt die Beherrschung des Wahlspruches von Michail Gorbatschow bei schweren und harten Entscheidungen: „Wenn nicht wir, wer dann, wenn nicht heute, wann dann?“

Die Tourismusindustrie hat sich in Polen sehr schnell zu einer bedeutenden Wirtschaftsbranche entwickelt. Der Anteil der Tourismuswirtschaft am BIP betrug im Jahre 2005 5,5 % und 7,0 % des Exports. Polen wird vom Welttourismusrat zu den weltweit führenden Ländern mit dem größten Potenzial der Entwicklung der

Touristikbranche in den kommenden Jahren gezählt. Schon heute schafft dieser Wirtschaftszweig Arbeitsplätze für rund 240.000 Personen. Auch in den ländlichen Regionen wachse der Tourismusbranche. Für viele Regionen bietet der Tourismus die einzige Chance für eine wirtschaftliche Entwicklung. Ob sich dieses schnelle Tempo fortsetzen lasse, hänge auch von der gekonnten Nutzung der Fördermittel, die im EU-Budget für die Jahre 2007 bis 2013 vorgesehen sind, ab.

Die Euro-Einführung wäre ein großer Vorteil für die Tourismusbranche. Insbesondere der Wegfall der Wechselkursschwankungen und die dadurch bedingten Handelsrisiken würden unternehmerisches Handeln kostengünstiger und effizienter gestalten. Auch der Zugang zum europäischen Markt für Finanzdienstleistungen mit einem reichhaltigen Angebot zu niedrigen Preisen würde sich günstig auswirken.

Momentan reagieren Tourismusunternehmen sehr sensibel auf Wechselkursänderungen und ihren Effekt auf den Umsatz. Generell wirkt sich eine Zloty-Abwertung günstig für Exportun-

8 Die Polnische Kammer für Tourismus in Warschau ist ein Selbstverwaltungsorgan der polnischen Tourismusbranche, das im Moment des Systemwechsels in Polen entstanden ist.

ternehmen im Auslandsreisetourismus aus. Eine Kursaufwertung, wie sie derzeit zu beobachten ist, hat hingegen den gegenteiligen Effekt. Die Einführung des Euro würde dieses Problem beseitigen und die Spielregeln für alle Unternehmer vereinheitlichen, wovon insbesondere die polnischen Dienstleistungsexporteure profitieren könnten.

Die Euro-Einführung würde zudem Preiskalkulationen vereinfachen und risikoärmer gestalten. Tourismusunternehmen sind besonders empfindlich gegenüber Währungsschwankungen, weil die Kalkulationen einer Veranstaltung ca. zehn Monate im Voraus geschehen muss. Auch würde eine gemeinsame Währung die Kosten von Banktransaktionen senken und vereinfachen. Schließlich würde das Vertrauen der Touristen in Polen steigen, da es ein finanziell stabileres Reiseziel wäre, prognostiziert *Jan Korsak*.

## 4. Optimale Politik vor bzw. begleitend zur Euro-Einführung

Aus der Debatte über die Geschwindigkeit der Euro-Einführung ergeben sich ebenso divergierende politische Ansätze für den Weg zur neuen Währung. Auf der einen Seite wird eine klar kommunizierte Perspektive für die Euro-Einführung als entscheidende Voraussetzung für den Erfolg gehalten. Sie diene als Anker für Reformbemühungen, als Antrieb für Investitionsentscheidungen, als Ansatzpunkt für Zinskonvergenz und als Orientierung für Wechselkursentwicklungen, meint *Manfred Koch* von der Europäischen Zentralbank. Die Festsetzung eines realisierbaren und glaubwürdigen Zieles mit einer strengen Terminierung empfiehlt auch *Axel Schäfer*, *MdB*, als wichtiges Instrument zur Erreichung der makroökonomischen Konvergenz. In diesem Sinne kritisiert *Dariusz Rosati*, *MdEP* dass Polen als einziges Land unter den neuen EU-Beitrittsländern keinen Beitrittszeitplan festgelegt habe. Ebenso verzögere es als einziges Land die notwendigen Anpassungen der öffentlichen Finanzen. Auf der anderen Seite wird ein stufenweises Konzept zur Erreichung der Konvergenzkriterien favorisiert, um die Wirtschaft nicht durch zu schnelle Anpassungsprozesse zu schädigen. Deshalb sollte die Bekanntmachung des Euro-Einführungsdatsums erfolgen, wenn die Erfüllung der Konvergenzkriterien sichergestellt ist, so die Position des Finanzministeriums der Republik Polen. Eine solche Reihenfolge werde positiv zur Glaubwürdigkeit der von der polnischen Regierung erklärten Marschroute beitragen.

Einig ist man sich darüber, dass unabhängig von einer schnellen oder langsamen Einführung des Euro und unabhängig von den Vor- und Nachteilen einer gemeinsamen Währung für Polen noch ein beachtliches Programm zur Erreichung der nominalen und realen Konvergenz zu bewältigen ist. Nur durch weitere Reformmaßnahmen kann die Euro-Einführung die wirtschaftliche Wohlfahrt Polens mehren. Aber auch den

Ländern der WWU stellen sich nationale und gemeinschaftliche Aufgaben im Zusammenhang mit der Erweiterung der Eurozone. Hierzu zählt vor allem die Abstimmung der Lohnpolitik. Darüber hinaus stehen die konkreten Bedingungen für die Teilnahme am Wechselkursmechanismus zur Debatte.

### 4.1 Reformprogramm auf dem Weg zum Euro

Das notwendige Reformprogramm umfasst vor allem den Staatshaushalt, die Geld- und Lohnpolitik und Strukturanpassungen in der Wirtschaft. Um für das Reformprogramm und die Euro-Einführung die Unterstützung der Bevölkerung zu erhalten, wird zudem eine neue Informationspolitik diskutiert.

#### 4.1.1 Staatshaushalt und Finanzpolitik

Vor der Euro-Einführung bedürfe es einer Konsolidierung der öffentlichen Finanzen, begleitet durch eine Reform der öffentlichen Ausgaben, wodurch die Aufnahmefähigkeit für europäische Mittel erhöht und die Nachhaltigkeit der steuerlichen Konsolidierung gesichert wird, zitiert *Danuta Dominiak-Woźniak*, Konsulin, die Stellungnahme des Finanzministeriums der Republik Polen. Konkret fordert *Krzysztof Opolski* eine schnellstmögliche und nachhaltige Verringerung des Defizits im öffentlichen Sektor auf unter 30 % des BIP und eine Verringerung und strukturell neue Ausrichtung der Steuern. Abbau und Vermeidung übermäßiger öffentlicher Defizite seien eine zentrale nationale Herausforderung auf dem Weg zum Euro, mahnen *Manfred Koch* und *Wolfgang Filc*. *Dariusz Rosati* hält Budgetanpassungen im Umfang von 1 bis 1,2 % des BIP für erforderlich. In diesem Zusammenhang fordert

*Marek Zuber* eine Reduzierung der Sozialausgaben von 18 auf 14 %. Die Sozialausgaben sind für die Beteiligung Polens an der WWU von besonderer Bedeutung, konstatiert *Krzysztof Opolski*. Es gelte die in Polen in der letzten Zeit steigenden sozialen Ansprüche zu bremsen. Dabei dürfe man die sozialen Erwartungen der polnischen Bürger aber nicht außer Acht lassen. Das derzeit starke Wirtschaftswachstum Polens eröffne günstige Bedingungen, diese Reformen durchzuführen, ist *Axel Schäfer* überzeugt.

Die Rolle der Finanzpolitik sollte es sein, einen Beitrag zu einem hohen Wirtschaftswachstum ohne Inflation, d. h. mit niedrigen Zinsen, zu leisten. Diese Empfehlung untermauert *Wolfgang Filc* mit der „Domar-Regel“: Wenn der Zinssatz, zu dem Staatsschulden zu bedienen sind, geringer ist als das Wirtschaftswachstum, steigt die Zinsbelastung des Staatshaushaltes nicht an, sondern sinkt. In der Eurozone könnte ein Staat sich also sogar ein Defizit von z. B. 4,5 % erlauben, wenn die Relation von Wirtschaftswachstum zum Zinssatz besonders günstig ausfällt. Die Staatsverschuldung sollte nicht kurzfristig z. B. in Form einer Kindergelderhöhung angelegt werden, sondern einer nachhaltigen Konzeption folgen und für öffentliche Infrastruktur und Bildung ausgegeben werden.

#### 4.1.2 Lohnpolitik und ihre Auswirkungen auf Inflation und Beschäftigung

Der Sicherung und Erhaltung der Preisstabilität misst Manfred Koch einen großen Stellenwert bei der Gestaltung der nationalen Politik zur Einführung des Euro bei. Neben fiskalischer Disziplin sei vor allem eine inflationsneutrale Lohnpolitik wichtig, um die Glaubwürdigkeit der festen Wechselkurse zu stärken, meint *Wolfgang Filc*. Vor dem Übergang zum Euro konnte ein zu hoher Lohnabschluss und die daraus folgende Einbuße an internationaler Wettbewerbsfähigkeit durch eine Währungsabwertung korrigiert werden. In der Euro-Zone falle dieses Instrument weg. Lohnsteigerungen, die über die Zunahme der Arbeitsproduktivität, ergänzt um die Zielinflationsrate der EZB von knapp unter 2%, hinausgehen, ha-

ben geringe Auswirkungen auf die Inflationsrate in der Euro-Zone, vorausgesetzt, es geschieht in wenigen Ländern. Die Strafe für Fehler bei der Lohnpolitik werde hingegen unmittelbar in steigender nationaler Arbeitslosigkeit sichtbar. Vor Eintritt in die Währungsunion habe es Anzeichen gegeben, dass die Spielregeln in der Währungsunion hinsichtlich der Notwendigkeit von Lohndisziplin verstanden wurden. Besonders eng sei die Konvergenz der Lohnstückkosten in den großen Ländern der EU geworden. Aber seit einigen Jahren laufe die Lohnentwicklung der Mitgliedsländer der Euro-Zone wieder auseinander. Seit Jahren stehe die Lohnpolitik in Deutschland unter einem Spardiktat, in anderen Ländern treibe der Lohnanstieg die Lohnstückkosten empor. So sind seit Beginn der Währungsunion bis Mitte 2006 die Lohnstückkosten in Portugal um 28% gestiegen, in Spanien um 21 %, in Griechenland um 22,5 %, in den Niederlanden um 28 %, in Deutschland nur um 2,5 %. Dadurch habe sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedsländer der Währungsunion erheblich verschoben. Deutschland habe an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen, ebenso Österreich. Die südeuropäischen Länder hätten hingegen am meisten verloren. Das drücke sich in der Handelsbilanz Deutschlands aus. Im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 1990 bis 1994 ist der Handelsbilanzüberschuss Deutschlands bis 2004 gegenüber den Ländern der EU-15 um den Faktor 5 gestiegen, gegenüber Italien gar um den Faktor 12.

Das Auseinanderdriften der Wettbewerbsfähigkeit der Euro-Länder begründe Konflikte. Man solle sich nicht der Illusion hingeben, dass es Deutschland auf Dauer gelingen könne, durch Lohnverzicht andere Länder hinweg zu konkurrieren, ohne dass dies zu Gegenreaktionen führe. Um einen solchen Spaltpilz für Europa zu verhindern, sollte sich Deutschland vom exportorientierten Wachstum verabschieden und seine Binnennachfrage stimulieren, fordert *Wolfgang Filc*.

Der Schlüssel zur Lösung des Problems liege in einer größeren Abstimmung der Lohnpolitik der EU-Länder. Richtgröße für Zuwächse der Nominallohne solle die Zunahme der nationalen Arbeitsproduktivität zuzüglich der Zielinflations-

rate der EZB von knapp unter 2 % sein. Das schaffe die Voraussetzung, dass Löhne nicht Ursache von Inflationsraten von über 2 % werden.

Der Einkommensrückstand Polens gegenüber dem Durchschnitt der EU könne nicht durch Lohnsteigerungen ausgeglichen werden, die über diese Marke hinausgingen. Zunehmende Arbeitslosigkeit als Folge sinkender Wettbewerbsfähigkeit innerhalb der EU wäre die Folge. Die jüngsten Lohnsteigerungen in Polen ließen befürchten, dass diese Regel noch nicht vollends akzeptiert werde. Verweigere man sich dieser Logik, werde der Beitritt zum Euro nicht dazu beitragen, Wachstum, Realeinkommen und Beschäftigung in Polen zu erhöhen, warnt *Wolfgang Filc*.

#### 4.1.3 *Strukturanpassungen und Wettbewerbsfähigkeit*

Die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit Polens und die Vermeidung außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte seien zentrale nationale Herausforderungen auf dem Weg zum Euro, meint *Manfred Koch*. Strukturanpassungen und institutionelle Effizienz seien wichtige Maßnahmen in diese Richtung, so *Axel Schäfer*. Unternehmen müssen die Ressourcenallokation und die Kapitalnutzung verbessern sowie Wissensmanagement und Innovationen fördern, sind sich *Wolfgang Filc* und *Krzysztof Opolski* einig. Es sei absehbar, dass die Zeiträume für Strukturanpassungen im Euroraum kürzer würden als in einer Einzelvolkswirtschaft. Zudem ließe sich der Kostenwettbewerb nicht mehr über die Geldpolitik allein beeinflussen. Im Ergebnis würden nach der Euro-Einführung in der Zone mit gemeinsamer Währung und in den jeweiligen Mitgliedsländern nicht-konkurrenzfähige Unternehmen sowie ganze Branchen vom Markt verschwinden, ist *Axel Schäfer*, *MdB* überzeugt.

#### 4.1.4 *Informationspolitik*

Alle Diskutanten sind sich einig, dass die Bevölkerung auf die Euro-Einführung vorbereitet werden muss. Das Momentum der derzeit per saldo

hohen Euro-Zustimmung in den neuen Mitgliedstaaten sollte genutzt werden, empfehlen *Wolfgang Merz* und *Manfred Koch* (s. Abb. 17). Man brauche eine Kommunikationsstrategie, um für den Euro zu werben und die Bevölkerung auf diesen Weg einzustimmen und mitzunehmen. Es sollten jedoch nicht nur die positiven Seiten des Euro gezeigt werden, mahnt *Krzysztof Opolski*. Es bedürfe einer breit angelegten Bildungskampagne, in der die Bevölkerung auch über die entstehenden Kosten informiert werde, denn die Vorbehalte aufgrund der befürchteten Preissteigerungen unmittelbar nach dem Beitritt seien nicht unbegründet. Mit Hilfe einer Kommunikationsstrategie sollte den negativen Stimmen aus dem angelsächsischen Raum, die mit Referenz auf den Nobelpreisträger Milton Friedman und andere Wissenschaftler den Euro in Frage stellten, entgegen gewirkt werden, regt ein Diskutant an.

Nicht nur für den Euro sollte es eine Kommunikationskampagne geben, meint ein Diskutant. Auch sollte ein einheitliches Label „Made in Europe“ eingeführt werden. Derzeit habe ein „Made in Poland“ ein Negativimage im Vergleich zu einem „Made in Germany“. So müsse ein Landmaschinenhersteller ca. 20% Preisnachlass geben, wenn er die qualitativ exakt gleichen Komponenten in Polen statt in Deutschland zusammensetzen lässt, konstatiert *Karl-Heinz Knoop*. Selbst Toyota, die mit in Polen hergestellten hochwertigen Motoren werben wollten, hätten ihre Kampagne eingestellt, so *Krzysztof Opolski*. Ein Gegenbeispiel ist das Unternehmen Solaris Bus. Es wirbt erfolgreich mit seiner polnischen Herkunft und verkauft die Busse zwischenzeitlich in 17 europäische Länder, so sein Vorstandsmitglied *Michal Jonczyński*.

Eine umfassende Informationskampagne der Bevölkerung sei auch ein wirksames Instrument, um zu verhindern, dass die Einführung des Euro als Moment für Preiserhöhungen ausgenutzt wird. Weitere Mittel gegen diesen „Teuro-Effekt“ sind z.B. die doppelte Preisauszeichnung lange vor und lange nach der Währungsumstellung und die Einrichtung eines speziellen Preisbeobachtungszentrums.

Abbildung 16:

**Euro-Zustimmung in den neuen Mitgliedstaaten**

Wären Sie persönlich darüber glücklich oder nicht glücklich, wenn der Euro die nationale Währung ersetzen würde?		
	% sehr und eher glücklich	% sehr und eher unglücklich
Slowenien	72	24
Zypern	58	32
Malta	48	41
Estland	57	32
Slowakei	55	36
Lettland	64	26
Litauen	53	32
Ungarn	46	45
Tschechien	47	44
Polen	49	41

Quelle: Europäische Kommission, Umfrage 9/2006

## 4.2 Bedingungen für die Teilnahme am Wechselkursmechanismus

Den Reformschritten folgen Verhandlungen zwischen der polnischen Regierung und der Europäischen Kommission über die konkreten Bedingungen für die Teilnahme am Wechselkursmechanismus, dem ersten Schritt auf dem Weg zur Euro-Einführung. In diesem Zusammenhang werden die Höhe des Wechselkurses und die Bandbreite der Wechselkursschwankungen diskutiert.

### 4.2.1 Höhe des Einführungs-Wechselkurses

Eine entscheidende Größe dafür, ob die Integration osteuropäischer Staaten gelingt, sind die Wechselkurse bei einem Übergang von nationalen Währungen zum Euro. Eine Seite plädiert für eine starke Abwertung des Zloty. Polen solle an einer Festlegung gelegen sein, die möglichst nahe am mittelfristigen Gleichgewicht liegt, meint *Dariusz Rosati*. Es sollte ein niedrigerer Zloty-Kurs gewählt werden als der Zloty-Kurs der letzten zwei bis drei Jahre. Die Kommission wie auch die EZB könnten allerdings auf einen Kurs bestehen,

der dem jetzigen Währungsmarktkurs angenähert ist, befürchtet *Dariusz Rosati*. Eine kräftige Abwertung, etwa um 25% sei für Polens Währung vor dem Übergang zum Euro empfehlenswert, meint auch *Wolfgang Filc*. Denn auf diese Weise könne die internationale Wettbewerbsfähigkeit auf kurze Frist deutlich verbessert werden. Durch eine Währungsabwertung werde Polen in die Lage versetzt, Handelsbilanzüberschüsse zu erzielen. Dieser Wettbewerbsvorteil sei jedoch nur von sehr kurzer Dauer, merkt *Marek Zuber* an. Daher könne die Höhe aus Sicht von einzelnen Unternehmen nur von kurzfristigem Interesse sein. Aus Sicht eines polnischen Unternehmens mit Deutschland als wichtigem Markt, hält *Michał Jonczyński* 3,5–4 Zloty pro Euro für einen angemessenen Kurs.

Aus deutscher Unternehmenssicht wäre ein höherer Umrechnungskurs günstig. 4,1 bis 4,5 Zloty pro Euro wären angemessen, damit seine Produkte noch gut auf dem polnischen Markt verkauft werden könnten, meint *Karl-Heinz Knoop*. Er plädiert für einen fairen Umrechnungskurs, weil er ebenso wie viele polnische und deutsche Unternehmen am Markt sowohl als Importeur als auch als Exporteur agiert.

Für die Bestimmung eines Wechselkurses definiert *Wolfgang Filc* folgende Richtschnur: Die Wechselkursänderung sollte sich am Preissteigerungs- und Zinsgefälle orientieren. So sollte ein Land mit vergleichsweise hoher Inflationsrate seine Währung tendenziell abwerten und höhere Zinssätze aufweisen. Empirisch gesehen ist es jedoch genau andersherum. Ein praktikabler Vorschlag zur Bestimmung des Wechselkurses sei die Triade: Durch eine Form der Abstimmung zwischen den drei großen Währungen Euro, US-Dollar und Yen sollte es gelingen, die Wechselkurse innerhalb bestimmter Grenzen so weit zu stabilisieren, dass kleinere Währungen, die sich an die großen Währungen anbinden, mehr Stabilität erhalten. Wissenschaftlich könne man jedoch nur die Tendenz, nicht den konkreten Wechselkurs bestimmen.

#### 4.2.2 *Bandbreite der Wechselkursschwankungen während der Teilnahme am WKM II*

Die Wechselkursschwankungen während der Teilnahme am WKM II sind nicht klar definiert, erläutert *Dariusz Rosati*, MdEP. Formal erlaube der Wechselkursmechanismus Abweichungen von plus/minus 15 % von der zentralen Wechselkursparität. Doch die EZB spricht sich für eine engere Fassung der Schwankungsbreite aus. In der Praxis interpretiert die EZB eine Ausschöpfung der Schwankungsbreite von plus/minus 15 % so, dass die Währung den Stabilitätstest nicht erfüllt. Auf der Grundlage von offiziellen Dokumenten der EZB könne man davon ausgehen, dass die EZB eine Kursabweichung nach unten um nur maximal 2,25 % zulassen würde, während bei

Währungskursänderungen nach oben eine weit- aus größere Aufwertung um bis zu 15 % toleriert würde. Diese enge Grenze für die Abweichung nach unten wäre eine äußerst hohe Anforderung, da der polnische Währungsmarkt ein relativ geringes Volumen und eine hohe Kursänderungsrate aufweise. Eine solche Einschränkung erfordere, dass die zentrale Wechselkursparität auf einem entsprechend niedrigen Niveau festgelegt wird, um sich eventuellen Abwertungen gegenüber abzusichern. Eine solche Lösung könnte allerdings auf Widerstand bei der Europäischen Kommission wie auch der EZB stoßen, befürchtet *Dariusz Rosati*.

Wenn es Polen nicht gelingt, günstige Teilnahmebedingungen am WKM II auszuhandeln (z. B. Verkürzung der Verweildauer oder Annahme einer großen Schwankungsbreite), müsse die polnische Wirtschaft zum größtmöglichen Gleichgewicht geführt werden, damit das Verweilen im WKM II zu keinen zusätzlichen Spannungen führt und zu Spekulationen einlädt. Dafür sei in erster Linie die Beschränkung des Haushaltsdefizits mit Hilfe von strukturellen Veränderungen auf der Ausgabenseite erforderlich, insbesondere im Bereich der laufenden und der sozialen Ausgaben. Diese Aufgaben sollten schnellstmöglich erfüllt werden, da die zurzeit gute Konjunktur positive Rahmenbedingungen für Reformen schaffe. Dieses günstige Reformumfeld könnte sich in den nächsten zwei bis drei Jahren verschlechtern. Ein ausgeglichenes öffentliches Budget und eine ausgeglichene Zahlungsbilanz seien zwei notwendige Bedingungen, um Spekulationsräume zu beschränken und die Währung im erforderlichen Zeitraum stabil zu halten.

## ModeratorInnen, Referenten, Tagungsplanung und -organisation, Verfasserin der Broschüre

---

### **Moderation:**

#### **Marietta Kurm-Engels**

Journalistin, Handelsblatt, Frankfurt am Main

#### **Prof. Dr. Józef Olszyński**

Gesandter, Leiter der Abteilung für Handel und Investitionen, Botschaft der Republik Polen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin

#### **Andrzej Rybak**

Journalist, Financial Times Deutschland, Hamburg

### **Referenten:**

#### **Jarosław Pietras (nicht anwesend)**

Stellvertretender Finanzminister der Republik Polen, a. D., Warszawa

#### **Axel Schäfer, MdB (nicht anwesend)**

Ausschuss für Angelegenheiten der EU, Europapolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Berlin/Bochum

#### **MR Dr. Wolfgang Merz**

Bundesministerium der Finanzen, Leiter Referat Europäische Finanz- und Wirtschaftspolitik, Berlin

#### **Dariusz Rosati, MdEP**

Europäisches Parlament, Ausschuss für Wirtschaft und Währung, Straßburg/Brüssel

#### **Dr. Manfred Koch**

Europäische Zentralbank, Frankfurt am Main

#### **Prof. Dr. Wolfgang Filc**

Lehrstuhl für Geld, Kredit und Währung, Universität Trier

#### **Marek Zuber**

Wirtschaftsberater des ehemaligen Ministerpräsidenten Kazimierz Marcinkiewicz der Republik Polen, Warszawa

#### **Prof. Dr. Krzysztof Opolski**

Fakultät für Wirtschaftswissenschaften, Universität zu Warszawa

#### **Michał Jonczyński**

Vorstandsmitglied, SOLARIS BUS, Poznan

#### **Prof. Karl-Heinz Knoop**

Inhaber der Firma Riela, Riesenbeck

#### **Jan Korsak**

Vorsitzender, Polnische Kammer für Tourismus, Warszawa

### **Begrüßungs- und Schlussworte:**

#### **Hannelore Hausmann**

Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

#### **Danuta Dominiak-Woźniak**

Konsulin, Leiterin der Abteilung für Handel und Investitionen des Generalkonsulats der Republik Polen, Köln

#### **Prof. Dr. Józef Olszyński**

Gesandter, Leiter der Abteilung für Handel und Investitionen, Botschaft der Republik Polen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin

### **Tagungsplanung und -organisation:**

#### **Hannelore Hausmann**

#### **Margit Durch** (Tagungsbüro)

Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

#### **Danuta Dominiak-Woźniak**, Konsulin

#### **Bronisław Jaworski**, Konsul

Abteilung für Handel und Investitionen des Generalkonsulats der Republik Polen, Köln

### **Verfasserin der Broschüre:**

#### **Jutta Winters**

Diplom-Politikwissenschaftlerin, München



## Neuere Veröffentlichungen der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik

Wirtschaftspolitik

**Was wir Deutschland schulden**

WISO direkt

Arbeitskreis Mittelstand

**Eine neue Kultur der Selbständigkeit:**

**Voraussetzung für ökonomischen und sozialen Fortschritt**

Gesprächskreis Verbraucherpolitik

**Was bringt die Reform des Versicherungsrechts für die Verbraucher?**

Gesprächskreis Sozialpolitik

**Sozialstaatsstrategien und Beschäftigung im europäischen Vergleich**

WISO Diskurs

Gesprächskreis Arbeit und Qualifizierung

**Perspektiven der Erwerbsarbeit: einfache Arbeit in Deutschland**

Arbeitskreis Arbeit-Betrieb-Politik

**Wettbewerb, Prekarität und Sozialschutz:**

**die sozialen Lizenzanforderungen nach § 6 Abs.3 S.1 Nr.3 PostG**

WISO Diskurs

Arbeitskreis Dienstleistungen

**Dienstleistungen in Deutschland:**

**besser als ihr Ruf, dennoch stark verbesserungsbedürftig!**

Europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik

**Deutschland: Exportweltmeister von Arbeitsplätzen – Mythos oder Wirklichkeit?**

Gesprächskreis Migration und Integration

**Schule in der Einwanderungsgesellschaft**

WISO Diskurs

Frauen- und Geschlechterpolitik

**Vorsorgender Sozialstaat aus der Geschlechterperspektive**

WISO direkt

Volltexte dieser Veröffentlichungen finden Sie bei uns im Internet unter

[www.fes.de/wiso](http://www.fes.de/wiso)

